

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 19/15745 –**

### **Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das dritte Quartal 2019 – Schwerpunktfragen zu Dublin-Verfahren**

#### **Vorbemerkung der Fragesteller**

Der Anteil von Verfahren zur Klärung der asylrechtlichen Zuständigkeit nach der Dublin-Verordnung (Dublin-VO) der Europäischen Union (EU) an allen Asylverfahren des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) lag im Jahr 2018 bei 33,9 Prozent und nahm damit weiter zu (2017: 32,4 Prozent, 2016: 7,7 Prozent, vgl. hierzu und soweit nicht anders angegeben auch im Folgenden: Bundestagsdrucksache 19/8340). Übernahmeersuchen wurden im Jahr 2018 insbesondere an Italien gerichtet (31,5 Prozent), danach folgten Griechenland (12,9 Prozent), Frankreich (8,1 Prozent) und Spanien (6,9 Prozent). Nach jahrelanger Aussetzung wurden im Jahr 2018 sechs Asylsuchende nach Griechenland überstellt. In Bezug auf Ungarn gibt es seit Mai 2017, nachdem die EU-Kommission Vertragsverletzungsverfahren wegen Verstößen gegen EU-Asylrecht in Ungarn eingeleitet hatte, keine Überstellungen mehr. Zwar gibt es noch vereinzelte Übernahmeersuchen Deutschlands, Ungarn verweigert jedoch individuelle Zusagen, Rücküberstellte nach Maßgabe des EU-Asylrechts zu behandeln.

Den insgesamt 54.910 Dublin-Ersuchen im Jahr 2018 standen 9.209 Überstellungen gegenüber, vor allem nach Italien. Gemessen an den Zustimmungsgenständen der anderen EU-Staaten zur Rückübernahme (37.738) betrug die sogenannte Überstellungsquote 24,4 Prozent (2017: 15,1 Prozent, 2016: 13,6 Prozent). Vielfach verhindern Gerichte geplante Überstellungen wegen erheblicher Mängel in den Asylsystemen anderer Mitgliedstaaten oder aufgrund individueller Umstände. So waren 62,5 Prozent der Rechtsschutzanträge gegen Überstellungen nach Bulgarien im Jahr 2018 erfolgreich. Nicht wenige Schutzsuchende tauchen nach Ansicht der Fragesteller in ihrer Not eher unter, als sich gegen ihren Willen in ein Land überstellen zu lassen, in dem sie ein unfaires Asylverfahren, unwürdige Lebensbedingungen, rassistische Übergriffe, Obdachlosigkeit oder eine Inhaftierung fürchten. Die Überstellungsquote wurde infolge einer Prioritätensetzung im BAMF zuletzt deutlich angehoben. Es gibt Kritik, dass es bei den immer häufigeren Sammelabschiebungen zur Durchsetzung von Überstellungen zu einem unverhältnismäßigen Vorgehen, zu Familientrennungen und Polizeigewalt kommt (vgl. Bundestagsdrucksache 19/4960).

Innerhalb des BAMF wird für Dublin-Verfahren Personal gebunden, das nach Ansicht der Fragestellenden besser für die reguläre Asylprüfung eingesetzt werden könnte. Zuletzt waren über 316 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der „Dublin-Gruppe“ des BAMF beschäftigt. Allerdings ist aus Sicht der Fragestellenden mit dem Dublin-System für Deutschland im Ergebnis kaum eine reale Verteilungswirkung verbunden, obwohl die zwangsweisen Überstellungen die betroffenen Schutzsuchenden in einem hohen Maße persönlich belasten. Während die immer komplexeren Dublin-Verfahren das BAMF und die Gerichte zunehmend beschäftigen, bleibt die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland infolge des Dublin-Systems in etwa gleich: 9.209 Überstellungen aus Deutschland standen im Jahr 2018 7.580 Überstellungen nach Deutschland gegenüber. Das ist ein Saldo von 1.359 Personen – dafür wurden fast 55.000 aufwändige Verfahren zur Klärung der Zuständigkeit geführt.

Das BAMF hat nach Ansicht der Fragesteller seine Prüfpraxis im Umgang mit sogenannten Kirchenasylfällen deutlich verschärft (Bundestagsdrucksache 19/14079, Antwort zu Frage 24): In den Monaten Januar bis August 2019 machte das Bundesamt in gerade einmal fünf dokumentierten Kirchenasylfällen mit Dublin-Bezug (1,7 Prozent) von seinem Selbsteintrittsrecht Gebrauch – in 292 Fällen folgte hingegen eine Ablehnung. Im Jahr 2018 erging noch in 11,9 Prozent der Fälle (77 von 647, ohne 371 „sonstige Erledigungen“) eine positive Entscheidung, und schon das war ein deutlicher Rückgang gegenüber den Vorjahren. 2015/2016 habe die Erfolgsquote bei Kirchenasylanträgen noch bei 80 Prozent gelegen, schilderte „Asyl in der Kirche“, ab Mai 2016 sei die Quote nach einem Zuständigkeitswechsel im BAMF auf 20 Prozent gesunken ([www.kirchenasyl.de/portfolio/pm-offener-brief-zum-kirchenasyl-an-die-innenministerin](http://www.kirchenasyl.de/portfolio/pm-offener-brief-zum-kirchenasyl-an-die-innenministerin)).

Die Behauptung von BAMF-Präsident Dr. Hans-Eckhard Sommer, das BAMF erkenne inzwischen „die Härtefälle selber“, deshalb würden nur noch wenige Kirchenasyle zum Erfolg führen ([www.migazin.de/2019/06/26/andere-welten-bamf-chef-sommer/](http://www.migazin.de/2019/06/26/andere-welten-bamf-chef-sommer/)), steht nach Auffassung der Fragestellenden im deutlichen Widerspruch zur Entwicklung der Zahl der Fälle, in denen das BAMF von sich aus entscheidet, in eine Asylprüfung einzusteigen und sich für zuständig zu erklären (Selbsteintritt). Im zweiten Quartal 2019 gab es nur noch 419 solcher Fälle, nach 1.537 im ersten Quartal (Bundestagsdrucksache 19/14079, Antwort zu Frage 3) – das ist ein Rückgang um über 70 Prozent. Im dritten Quartal 2018 lag die Zahl der Selbsteintritte sogar noch bei 2.389 (Bundestagsdrucksache 19/7044).

Der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer erklärte zuletzt (vgl. z. B. „Die Welt“ vom 29. Oktober 2019), das Dublin-Regelwerk sei „gescheitert“. Um nicht die „Kontinuität im Irrtum fortzuführen“, brauche es eine „neue Philosophie“. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hatte bereits im Oktober 2015 im Europäischen Parlament erklärt: „Das Dublin-Verfahren ist obsolet“ ([www.dw.com/de/dublin-verordnung-halb-tot-halb-lebendig/a-19532442](http://www.dw.com/de/dublin-verordnung-halb-tot-halb-lebendig/a-19532442)) und in Bezug auf die Dublin-Regeln erklärt, dass sie die „Zeit zurückspulen“ würde, wenn sie könnte ([www.welt.de/politik/deutschland/article158248079/Wenn-ich-koennte-wuerde-ich-die-Zeit-zurueckspulen.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article158248079/Wenn-ich-koennte-wuerde-ich-die-Zeit-zurueckspulen.html)), das Dublin-System habe „Länder wie Italien und Griechenland überfordert“ ([www.welt.de/politik/deutschland/article168025621/Urlaub-im-Heimatland-Merkel-droht-Asylbewerbern-mit-Konsequenzen.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article168025621/Urlaub-im-Heimatland-Merkel-droht-Asylbewerbern-mit-Konsequenzen.html)). Ungeachtet dieser politischen Erklärungen zum gescheiterten Dublin-System werden Überstellungen in Erstaufnahmeländer weiterhin und zuletzt immer häufiger durchgesetzt, wie der Anstieg der Überstellungsquote zeigt; ausgerechnet Italien steht dabei mit Abstand an erster Stelle (28,2 Prozent aller Überstellungen, Bundestagsdrucksache 19/14079, Antwort zu Frage 4).

#### Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass nicht sämtliche Angaben für den Monat Dezember 2019 zum Zeitpunkt der Erstellung der Antwort vollständig auswertbar vorlagen.

1. Wie viele Verfahren im Rahmen der Dublin-Verordnung wurden im dritten Quartal 2019 bzw. insgesamt im Jahr 2019 zum letzten verfügbaren Stand eingeleitet (bitte in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen die Relation zu allen Asylerstanträgen sowie die Quote der auf EURODAC-Treffern – EURODAC: europäische Datenbank zur Speicherung von Fingerabdrücken – basierenden Dublin-Verfahren angeben; bitte auch nach den unterschiedlichen EURODAC-Treffern differenzieren)?

Wie viele EURODAC-Treffer welcher Kategorie gab es in diesen Zeiträumen?

Die Zahl der Asylerstanträge im Zeitraum Januar bis Dezember 2019 kann der nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

	Asylerstanträge
Jan – Dez 2019	142.509

Die Angaben zum 3. Quartal 2019 und von Januar bis November 2019 können den nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

	Asylerstanträge	Übernahmeersuchen (ÜE) an die Mitgliedstaaten gesamt	Prozentualer Anteil der ÜE zu den Asylerstanträgen	Prozentualer Anteil der ÜE mit EURODAC-Treffern
3. Quartal 2019	36.278	11.985	33,0	61,8
Jan – Nov 2019	133.324	45.716	34,3	64,5

Übernahmeersuchen mit EURODAC-Treffern		
	3. Quartal 2019	Jan – Nov 2019
EURODAC-Treffer gesamt	7.408	29.486
davon EURODAC-Treffer		
nach Artikel 9 EURODAC-Verordnung	5.866	23.610
nach Artikel 14 EURODAC-Verordnung	894	3.432
nach Artikel 17 EURODAC-Verordnung	648	2.444

Liegen für eine Person mehrere unterschiedliche EURODAC-Treffer vor, werden vorrangig die gemäß Artikel 9 der EURODAC-Verordnung vorhandenen Treffer ausgewiesen.

EURODAC-Treffer bei Asylerstanträgen	nach Artikel 9 EURODAC-Verordnung	nach Artikel 14 EURODAC-Verordnung
3. Quartal 2019	6.279	839
Jan – Nov 2019	24.155	3.560

2. Welche waren im dritten Quartal 2019 bzw. insgesamt im Jahr 2019 zum letzten verfügbaren Stand die 15 am stärksten betroffenen Herkunftsländer, und welche die 15 am stärksten angefragten Mitgliedstaaten der Europäischen Union (bitte in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen angeben sowie in jedem Fall die Zahlen zu Griechenland, Zypern, Malta, Bulgarien und Ungarn nennen)?

Die Angaben zum 3. Quartal 2019 und von Januar bis November 2019 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

3. Quartal 2019 Herkunftsländer	Übernahmeersuchen	
	absolut	in Prozent
Afghanistan	1.306	10,9
Türkei	1.214	10,1
Irak	1.195	10,0
Syrien, Arabische Republik	958	8,0
Nigeria	923	7,7
Iran, Islamische Republik	724	6,0
Russische Föderation	573	4,8
Pakistan	359	3,0
Somalia	350	2,9
Guinea	295	2,5
Algerien	260	2,2
Ungeklärt	238	2,0
Aserbajdschan	205	1,7
Albanien	191	1,6
Gambia	191	1,6

Jan – Nov 2019 Herkunftsländer	Übernahmeersuchen	
	absolut	in Prozent
Nigeria	6.261	13,7
Irak	4.244	9,3
Afghanistan	4.126	9,0
Türkei	3.528	7,7
Syrien, Arabische Republik	3.486	7,6
Iran, Islamische Republik	3.005	6,6
Russische Föderation	2.112	4,6
Guinea	1.399	3,1
Somalia	1.343	2,9
Pakistan	1.237	2,7
Algerien	921	2,0
Gambia	773	1,7
Ungeklärt	707	1,5
Eritrea	690	1,5
Aserbajdschan	666	1,5

3. Quartal 2019 Ersuchen an Mitgliedstaaten	Übernahmeersuchen	
	absolut	in Prozent
Griechenland	3.177	26,5
Italien	2.870	23,9
Frankreich	1.239	10,3
Spanien	642	5,4
Schweden	561	4,7
Polen	495	4,1
Niederlande	439	3,7

3. Quartal 2019 Ersuchen an Mitgliedstaaten	Übernahmeersuchen	
	absolut	in Prozent
Österreich	380	3,2
Schweiz	311	2,6
Bulgarien	237	2,0
Portugal	200	1,7
Belgien	193	1,6
Kroatien	160	1,3
Tschechische Republik	157	1,3
Dänemark u. Färöer	150	1,3
Malta	83	0,7
Zypern	16	0,1
Ungarn	8	0,1

Jan – Nov 2019 Ersuchen an Mitgliedstaaten	Übernahmeersuchen	
	absolut	in Prozent
Italien	13.470	29,5
Griechenland	9.232	20,2
Frankreich	4.610	10,1
Spanien	2.620	5,7
Schweden	2.456	5,4
Polen	1.832	4,0
Niederlande	1.764	3,9
Österreich	1.529	3,3
Schweiz	1.158	2,5
Bulgarien	805	1,8
Belgien	759	1,7
Dänemark	721	1,6
Portugal	697	1,5
Tschechische Republik	566	1,2
Rumänien	520	1,1
Malta	256	0,6
Zypern	45	0,1
Ungarn	30	0,1

3. Wie viele Dublin-Entscheidungen mit welchem Ergebnis (Zuständigkeit eines anderen EU-Mitgliedstaats bzw. der Bundesrepublik Deutschland, Selbsteintritt, humanitäre Fälle, Familienzusammenführung usw.) gab es in den benannten Zeiträumen (bitte bei der Zahl der Selbsteintritte auch nach Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den jeweils fünf wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Liegen für eine Person mehrere unterschiedliche EURODAC-Treffer vor, werden vorrangig die gemäß Artikel 9 der EURODAC-Verordnung vorhandenen Treffer ausgewiesen.

Die Angaben zum 3. Quartal 2019 und von Januar bis November 2019 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

	3. Quartal 2019	Jan – Nov 2019
Ablehnungen durch den Mitgliedstaat gesamt	4.980	17.352
davon Ablehnungen		
nach Artikel 8 Absatz 1 Dublin III	5	20
nach Artikel 8 Absatz 2 Dublin III		

	3. Quartal 2019	Jan – Nov 2019
Ablehnungen durch den Mitgliedstaat gesamt	4.980	17.352
davon Ablehnungen		
nach Artikel 8 Absatz 3 Dublin III		4
nach Artikel 8 Absatz 4 Dublin III	33	144
nach Artikel 9 Dublin III	10	52
nach Artikel 10 Dublin III	9	36
nach Artikel 11 a) Dublin III	18	64
nach Artikel 11 b) Dublin III	5	18
nach Artikel 16 Absatz 1 Dublin III	8	7
nach Artikel 16 Absatz 2 Dublin III		1
nach Artikel 17 Absatz 1 Dublin III	2	19
nach Artikel 17 Absatz 2 Dublin III	23	77
nach Artikel 20 Absatz 3 Dublin III		2

	3. Quartal 2019	Jan – Nov 2019
Zustimmungen des Mitgliedstaates gesamt	6.228	27.740
davon Zustimmungen		
nach Artikel 8 Absatz 1 Dublin III		1
Nach Artikel 8 Absatz 4 Dublin III		4
nach Artikel 9 Dublin III	11	25
nach Artikel 10 Dublin III	4	7
nach Artikel 11 a) Dublin III	6	46
nach Artikel 11 b) Dublin III	2	13
nach Artikel 16 Absatz 1 Dublin III	3	
nach Artikel 16 Absatz 2 Dublin III		2
nach Artikel 17 Absatz 1 Dublin III	1	4
nach Artikel 17 Absatz 2 Dublin III	14	23
nach Artikel 20 Absatz 3 Dublin III	51	154

3. Quartal 2019			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Belgien	4	Somalia	2
		Eritrea	1
		Guinea	1
Bulgarien	5	Irak	3
		Syrien, Arabische Republik	2
Dänemark	6	Georgien	2
		Uganda	2
		Afghanistan	1
		Iran, Islamische Republik	1
Estland	1	Tadschikistan	1

3. Quartal 2019			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Finnland	1	Somalia	1
Frankreich	29	darunter:	
		Syrien, Arabische Republik	8
		Pakistan	7
		Irak	3
		Iran, Islamische Republik	2
		Libanon	2
Griechenland	268	darunter:	
		Afghanistan	92
		Türkei	87
		Syrien, Arabische Republik	36
		Irak	27
		Iran, Islamische Republik	6

3. Quartal 2019			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Italien	78	darunter:	
		Nigeria	33
		Eritrea	12
		Iran, Islamische Republik	8
		Aserbaidshan	5
		Syrien, Arabische Republik	5
Kroatien	3	Syrien, Arabische Republik	1
		Tunesien	1
		Türkei	1
Lettland	7	Aserbaidshan	6
		Armenien	1
Litauen	6	Tadschikistan	4
		Georgien	1
		Vietnam	1
Malta	5	Somalia	3
		Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire)	2
Niederlande	11	Nigeria	4
		Aserbaidshan	3
		Gambia	2
		Ghana	1
		Ungeklärt	1

3. Quartal 2019			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Norwegen	2	Somalia	2
Österreich	1	Irak	1

3. Quartal 2019			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Polen	10	Russische Föderation	6
		Irak	2
		Armenien	1
		Kamerun	1
Portugal	4	Staatenlos	2
		Angola	1
		Guinea-Bissau	1
Rumänien	7	Irak	4
		Syrien, Arabische Republik	2
		Iran, Islamische Republik	1
Schweden	7	darunter:	
		Äthiopien	1
		Eritrea	1
		Ghana	1
		Irak	1
		Iran, Islamische Republik	1
Schweiz	2	Sri Lanka	1
		Syrien, Arabische Republik	1
Slowakische Republik	1	Iran, Islamische Republik	1
Spanien	15	darunter:	
		Syrien, Arabische Republik	5
		Guinea	2
		Irak	2
		Sierra Leone	2
		Kamerun	1
3. Quartal 2019			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Tschechische Republik	2	Armenien	1
		Nigeria	1
Ungarn	124	darunter:	
		Aserbaidshen	74
		Irak	10
		Türkei	8
		Syrien, Arabische Republik	6
		Afghanistan	5



3. Quartal 2019			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Zypern	3	Armenien	3
Gesamt	602		

Jan – Nov 2019			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Belgien	12	darunter:	
		Guinea	3
		Somalia	3
		Nigeria	2
		Afghanistan	1
		Aserbaidshan	1
Bulgarien	24	Irak	18
		Syrien, Arabische Republik	3
		Afghanistan	2
		Nigeria	1

Jan – Nov 2019			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Dänemark	13	darunter:	
		Afghanistan	6
		Georgien	2
		Uganda	2
		Iran, Islamische Republik	1
		Kamerun	1
Estland	2	Nigeria	1
		Tadschikistan	1
Finnland	1	Somalia	1
Frankreich	87	darunter:	
		Iran, Islamische Republik	13
		Syrien, Arabische Republik	11
		Nigeria	8
		Türkei	8
		Irak	7
Griechenland	864	darunter:	
		Türkei	235
		Afghanistan	219
		Syrien, Arabische Republik	195
		Irak	102
		Iran, Islamische Republik	61
Italien	1.154	darunter:	
		Nigeria	730
		Syrien, Arabische Republik	61
		Eritrea	57
		Iran, Islamische Republik	40
		Aserbaidshan	37

Jan – Nov 2019			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Kroatien	4	Syrien, Arabische Republik	2
		Tunesien	1
		Türkei	1
Lettland	13	Aserbaidschan	10
		Tadschikistan	2
		Armenien	1
Litauen	17	darunter:	
		Tadschikistan	8
		Armenien	3
		Georgien	2
		Weißrussland	2
		Nigeria	1
Malta	22	darunter:	
		Nigeria	6
		Tansania	4
		Somalia	3
		China	2
		Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire)	2
Niederlande	42	darunter:	
		Ghana	6
		Nigeria	6
		Irak	5
		Afghanistan	4
		Aserbaidschan	3
Norwegen	9	Irak	3
		Moldau (Republik)	3
		Somalia	2
		Jemen	1
Jan – Nov 2019			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Österreich	12	Kasachstan	4
		Irak	3
		Iran, Islamische Republik	3
		China	1
		Syrien, Arabische Republik	1
Polen	40	darunter:	
		Russische Föderation	16
		Armenien	10
		Irak	3
		Ukraine	3
		Vietnam	3
Portugal	8	Angola	4
		Staatenlos	2
		Afghanistan	1

Jan – Nov 2019			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
		Guinea-Bissau	1
Rumänien	19	Irak	13
		Syrien, Arabische Republik	3
		Iran, Islamische Republik	2
		Türkei	1
Schweden	34	darunter:	
		Afghanistan	17
		Irak	7
		Somalia	3
		Eritrea	2
		Äthiopien	1

Jan – Nov 2019			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Schweiz	8	darunter:	
		Nigeria	3
		Afghanistan	1
		Eritrea	1
		Nordmazedonien	1
		Sri Lanka	1
Slowakische Republik	10	Russische Föderation	4
		Iran, Islamische Republik	2
		Vietnam	2
		Irak	1
		Türkei	1
Slowenien	6	Irak	2
		Syrien, Arabische Republik	2
		Afghanistan	1
		Türkei	1
Spanien	62	darunter:	
		Syrien, Arabische Republik	18
		Nigeria	7
		Guinea	5
		Ghana	4
		Kamerun	4
Tschechische Republik	25	darunter:	
		Afghanistan	6
		Russische Föderation	6
		Armenien	5
		Syrien, Arabische Republik	2
		Türkei	2

Jan – Nov 2019			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Ungarn	478	darunter:	

Jan – Nov 2019			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
		Aserbaidschan	201
		Afghanistan	62
		Irak	34
		Türkei	25
		Iran, Islamische Republik	22
Vereinigtes Königreich	2	Afghanistan	1
		Pakistan	1
Zypern	4	Armenien	3
		Kamerun	1
Gesamt	2.972		

- a) Ist dem Dokumentationssystem des BAMF (MARIS) zu entnehmen, ob in Dublin-Fällen „Selbsteintritte“ oder „faktische Überstellungshindernisse“ vorliegen, und wenn dies der Fall sein sollte, warum erklärte die Bundesregierung in ihrer Antwort zu den Fragen 3a und 3b auf Bundestagsdrucksache 19/14079, eine differenzierte Erfassung von Selbsteintritten und faktischen Überstellungshindernissen erfolge nicht und entsprechende Auswertungen lägen nicht vor, und wie lauten dann gegebenenfalls die Zahlen zu Selbsteintritten bzw. faktischen Überstellungshindernissen für das erste, zweite und dritte Quartal 2019, für das bisherige Jahr 2019 und für die Jahre 2010 bis 2018 (bitte jeweils auch nach den Mitgliedstaaten und den fünf wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die statistische Auswertung für Selbsteintritte für alle Mitgliedstaaten erfolgt seit 2014.

Jahr 2014			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Belgien	54	darunter:	
		Russische Föderation	11
		Afghanistan	10
		Nigeria	5
		Albanien	4
		Somalia	4
Bulgarien	69	darunter:	
		Syrien	43
		Afghanistan	18
		Somalia	4
		Senegal	2
		Jordanien	1
Dänemark	1	Afghanistan	1
Frankreich	18	darunter:	
		Montenegro	6
		Iran	2
		Nigeria	2
		Georgien	1
		Guinea	1

Jahr 2014			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Griechenland	1.519	darunter:	
		Syrien	591
		Afghanistan	498
		Pakistan	95
		Iran	50
		Somalia	44
Großbritannien	1	Pakistan	1

Jahr 2014			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Island	1	Äthiopien	1
Italien	146	darunter:	
		Syrien	43
		Afghanistan	26
		Iran	14
		sonst. asiat. Staatsangehörigkeit	13
		Somalia	10
Kroatien	1	Sri Lanka	1
Malta	198	darunter:	
		Libyen	94
		Somalia	64
		Eritrea	13
		sonst. asiat. Staatsangehörigkeit	11
		Tschad	4
Niederlande	14	darunter:	
		Irak	3
		Somalia	3
		Mongolei	2
		Afghanistan	1
		Kenia	1
Norwegen	10	Kirgisistan	5
		Iran	3
		Afghanistan	2
Österreich	2	Pakistan	2

Jahr 2014			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Polen	79	darunter:	
		Russische Föderation	47
		Syrien	12

Jahr 2014			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
		Irak	5
		Afghanistan	4
		Ägypten	4
Portugal	9	Syrien	7
		Afghanistan	1
		Ägypten	1
Rumänien	9	Syrien	8
		Afghanistan	1
Schweden	7	Afghanistan	2
		Irak	2
		Kosovo	2
		Serbien	1
Schweiz	4	Syrien	2
		Afghanistan	1
		Türkei	1
Slowakische Republik	1	Somalia	1
Spanien	34	davon:	
		Irak	15
		Syrien	11
		Libanon	4
		Iran	1
		Kenia	1

Jahr 2014			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Tschechische Rep.	2	Syrien	2
Ungarn	46	darunter:	
		Afghanistan	21
		Syrien	12
		Pakistan	6
		Kosovo	3
		Irak	2
Gesamt	2.225		

Jahr 2015			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Belgien	68	darunter:	
		Syrien	35
		Serbien	5
		Kosovo	4
		Libanon	3

Jahr 2015			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
		Albanien	2
Bulgarien	572	darunter:	
		Syrien	377
		Irak	99
		Afghanistan	59
		Ungeklärt	12
		Somalia	6

Jahr 2015			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Dänemark	8	Kosovo	5
		Afghanistan	1
		Libanon	1
		Syrien	1
Estland	1	Syrien	1
Finnland	3	Afghanistan	3
Frankreich	122	darunter:	
		Syrien	52
		Irak	11
		Afghanistan	7
		Kosovo	7
		Sri Lanka	6
Griechenland	5.436	darunter:	
		Syrien	3.536
		Afghanistan	708
		Pakistan	204
		Ungeklärt	186
		Irak	146
Großbritannien	1	Syrien	1
Italien	999	darunter:	
		Syrien	522
		Ungeklärt	62
		Iran	60
		Eritrea	47
		sonst. asiat. Staatsangehörigkeit	41

Jahr 2015			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Kroatien	4	Syrien	3
		Somalia	1

Jahr 2015			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Lettland	5	Tadschikistan	4
		Syrien	1
Liechtenstein	4	Armenien	4
Litauen	14	Afghanistan	5
		Tadschikistan	4
		Georgien	3
		Armenien	1
		Russische Föderation	1
Malta	55	darunter:	
		Somalia	19
		Syrien	16
		Nigeria	7
		Eritrea	5
		Algerien	4
Niederlande	35	darunter:	
		Syrien	11
		Bosnien und Herzegowina	7
		Armenien	5
		Mongolei	4
		Afghanistan	3

Jahr 2015			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Norwegen	25	darunter:	
		Afghanistan	18
		Jemen	2
		Ungeklärt	2
		Iran	1
		Sri Lanka	1
Österreich	70	darunter:	
		Syrien	29
		Irak	18
		Ungeklärt	5
		Afghanistan	4
		Staatenlos	3
Polen	201	darunter:	
		Russische Föderation	102
		Syrien	37
		Tadschikistan	18
		Georgien	15
		Ukraine	10
Portugal	4	Angola	2
		Syrien	1



Jahr 2015			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
		Ungeklärt	1
Rumänien	44	Syrien	33
		Afghanistan	5
		Irak	3
		Iran	3

Jahr 2015			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Schweden	42	darunter:	
		Syrien	17
		Staatenlos	6
		Ungeklärt	5
		Afghanistan	4
		Albanien	3
Schweiz	32	darunter:	
		Syrien	18
		Kosovo	6
		Irak	4
		Afghanistan	1
		Ägypten	1
Slowakische Republik	4	Irak	2
		Somalia	1
		Syrien	1
Slowenien	12	Türkei	9
		Syrien	3
Spanien	322	darunter:	
		Syrien	269
		Kamerun	9
		Ungeklärt	8
		Libanon	7
		Somalia	7

Jahr 2015			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Tschechische Republik	15	darunter:	
		Syrien	4
		Ukraine	4
		Armenien	3
		Irak	2
		Libanon	1
Ungarn	2.395	darunter:	
		Syrien	1.640
		Afghanistan	210
		Irak	155
		Ungeklärt	128
		Kosovo	118
Zypern	2	Georgien	1
		Syrien	1
Gesamt	10.495		

Jahr 2016			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Belgien	270	darunter:	
		Syrien	109
		Afghanistan	64
		Irak	59
		Iran	12
		Libanon	6

Jahr 2016			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Bulgarien	798	darunter:	
		Irak	463
		Syrien	238
		Afghanistan	75
		Staatenlos	6
		Libanon	4
Dänemark	12	darunter:	
		Serbien	3
		Iran	2
		Ungeklärt	2
		Afghanistan	1
		Eritrea	1
Finnland	6	Irak	5
		Indien	1
Frankreich	84	darunter:	
		Iran	17
		Irak	13
		Ägypten	8

Jahr 2016			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
		Syrien	7
		Libanon	6
Griechenland	31.488	darunter:	
		Syrien	14.890
		Afghanistan	6.526
		Irak	6.126
		Iran	1.154
		Pakistan	621

Jahr 2016			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Vereinigtes Königreich	9	Afghanistan	9
Irland	1	Syrien	1
Italien	601	darunter:	
		Eritrea	109
		Nigeria	109
		Syrien	77
		Somalia	56
		Ungeklärt	32
Kroatien	68	darunter:	
		Syrien	36
		Afghanistan	11
		Ungeklärt	11
		Irak	7
		Iran	2
Lettland	8	Afghanistan	6
		Armenien	1
		Syrien	1
Litauen	24	darunter:	
		Aserbaidtschan	13
		Russische Föderation	5
		Kirgisistan	2
		Tadschikistan	2
		Irak	1

Jahr 2016			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Malta	48	darunter:	
		Somalia	20
		Nigeria	9
		Syrien	7
		Libyen	5
		Äthiopien	4

Jahr 2016			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Niederlande	27	darunter:	
		Syrien	16
		Irak	3
		Armenien	2
		Eritrea	2
		Kirgisistan	1
Norwegen	63	darunter:	
		Afghanistan	26
		Syrien	13
		Ungeklärt	6
		Iran	4
		Eritrea	3
Österreich	282	darunter:	
		Syrien	152
		Irak	51
		Afghanistan	43
		Pakistan	15
		Ungeklärt	5

Jahr 2016			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Polen	231	darunter:	
		Russische Föderation	142
		Tadschikistan	28
		Georgien	13
		Armenien	10
		Ukraine	10
Rumänien	20	Afghanistan	11
		Irak	3
		Iran	3
		Syrien	2
		Pakistan	1
Schweden	74	darunter:	
		Syrien	25
		Afghanistan	12
		Georgien	5
		Irak	5
		Serbien	5
Schweiz	22	darunter:	
		Afghanistan	7
		Eritrea	7
		Nigeria	2
		Ägypten	1
		Algerien	1

Jahr 2016			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Slowakische Republik	5	Afghanistan	3
		Irak	1
		Iran	1

Jahr 2016			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Slowenien	13	Albanien	6
		Syrien	6
		Afghanistan	1
Spanien	134	darunter:	
		Syrien	77
		Ungeklärt	17
		sonst. asiat. Staatsangehörigkeit	10
		Algerien	6
		Georgien	5
Tschechische Republik	24	darunter:	
		Aserbaidtschan	11
		Armenien	3
		Ungeklärt	3
		Georgien	2
		Vietnam	2
Ungarn	5.345	darunter:	
		Syrien	2.994
		Afghanistan	1.117
		Irak	514
		Pakistan	246
		Ungeklärt	154
Zypern	6	Ungeklärt	3
		Syrien	2
		Pakistan	1
Gesamt	39.663		

Jahr 2017			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Belgien	56	darunter:	
		Afghanistan	12
		Kamerun	11
		Nigeria	8
		Kosovo	5
		Somalia	5
Bulgarien	182	darunter:	
		Irak	85
		Syrien	39

Jahr 2017			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
		Afghanistan	36
		Iran	16
		Ungeklärt	4
Dänemark	27	Iran	10
		Afghanistan	9
		Syrien	5
		Sri Lanka	2
		Staatenlos	1
Estland	1	Russische Föderation	1
Finnland	12	darunter:	
		Afghanistan	6
		Russische Föderation	2
		Armenien	1
		Irak	1
		Marokko	1

Jahr 2017			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Frankreich	53	darunter:	
		Iran	21
		Georgien	5
		Nigeria	4
		Russische Föderation	4
		Irak	3
Griechenland	2.735	darunter:	
		Afghanistan	1.004
		Syrien	708
		Irak	374
		Iran	178
		Türkei	114
Vereinigtes Königreich	6	Afghanistan	2
		Iran	2
		Nigeria	1
		Vietnam	1
Italien	2.738	darunter:	
		Nigeria	740
		Syrien	426
		Irak	212
		Eritrea	165
		Armenien	160
Kroatien	20	darunter:	
		Syrien	12
		Kamerun	2

Jahr 2017			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
		Türkei	2
		Ungeklärt	2
		Irak	1
Jahr 2017			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Lettland	13	Tadschikistan	6
		Armenien	4
		Aserbaidtschan	1
		Russische Föderation	1
		Ukraine	1
Litauen	30	darunter:	
		Aserbaidtschan	7
		Weißrussland	6
		Tadschikistan	5
		Armenien	4
		Russische Föderation	4
Luxemburg	5	Serbien	4
		Iran	1
Malta	26	darunter:	
		Somalia	14
		Nigeria	4
		Syrien	4
		Sri Lanka	2
		Eritrea	1
Niederlande	26	darunter:	
		Armenien	6
		Irak	4
		Afghanistan	3
		Vietnam	2
		Algerien	1

Jahr 2017			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Norwegen	37	darunter:	
		Afghanistan	19
		Syrien	8
		Eritrea	5
		Pakistan	2
		Somalia	2
Österreich	28	darunter:	
		Afghanistan	8
		Irak	4
		Georgien	2
		Iran	2
		Kamerun	2

Jahr 2017			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Polen	151	darunter:	
		Russische Föderation	97
		Ukraine	15
		Irak	10
		Tadschikistan	9
		Armenien	4
Portugal	13	Angola	7
		Irak	3
		Kongo, Dem. Republik	2
		Syrien	1
Rumänien	26	Syrien	12
		Irak	6
		Afghanistan	4
		Kosovo	4

Jahr 2017			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Schweden	35	darunter:	
		Afghanistan	10
		Äthiopien	7
		Somalia	7
		Mongolei	2
		Syrien	2
Schweiz	16	darunter:	
		Eritrea	4
		Syrien	3
		Äthiopien	2
		Gambia	2
		Guinea	2
Slowakische Republik	2	Georgien	2
Slowenien	6	Syrien	6
Spanien	32	darunter:	
		Syrien	9
		Ungeklärt	5
		Guinea	3
		Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire)	2
		Nigeria	2

Jahr 2017			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Tschechische Republik	50	darunter:	



Jahr 2017			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
		Armenien	26
		Aserbaidtschan	11
		Russische Föderation	5
		Kirgistan	4
		Georgien	3
Ungarn	270	darunter:	
		Afghanistan	94
		Syrien	63
		Irak	59
		Aserbaidtschan	22
		Pakistan	9
Zypern	2	Syrien	1
		Türkei	1
Gesamt	6.598		

Jahr 2018			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Belgien	33	darunter:	
		Türkei	9
		Syrien, Arabische Republik	7
		Guinea	3
		Iran, Islamische Republik	3
		Georgien	2

Jahr 2018			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Bulgarien	33	Irak	15
		Afghanistan	10
		Syrien, Arabische Republik	6
		Türkei	1
		Pakistan	1
Dänemark	18	darunter:	
		Afghanistan	11
		Syrien, Arabische Republik	3
		Eritrea	1
		Jemen	1
		Malaysia	1
Estland	2	Ägypten	1
		Kasachstan	1
Finnland	9	Afghanistan	1
		Irak	4
		Iran, Islamische Republik	1
		Russische Föderation	2
		Türkei	1

Jahr 2018			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Frankreich	72	darunter:	
		Iran, Islamische Republik	11
		Nigeria	11
		Afghanistan	7
		Syrien, Arabische Republik	6
		Albanien	5

Jahr 2018			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Griechenland	1.904	darunter:	
		Türkei	764
		Syrien, Arabische Republik	489
		Afghanistan	228
		Irak	202
		Iran, Islamische Republik	68
Irland	1	Türkei	1
Italien	4.225	darunter:	
		Nigeria	2.357
		Syrien, Arabische Republik	285
		Eritrea	223
		Iran, Islamische Republik	202
		Somalia	201
Kroatien	11	Afghanistan	8
		Irak	1
		Türkei	2
Lettland	5	Armenien	1
		Aserbaidschan	3
		Vietnam	1
Litauen	22	darunter:	
		Tadschikistan	13
		Aserbaidschan	4
		Ukraine	2
		Russische Föderation	1
		Libanon	1

Jahr 2018			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Luxemburg	8	Kosovo	1
		Syrien, Arabische Republik	7
Malta	24	darunter:	
		Somalia	7
		Syrien, Arabische Republik	6
		Eritrea	3
		Armenien	3

Jahr 2018			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
		Türkei	2
Niederlande	54	darunter:	
		Nigeria	8
		Irak	8
		Syrien, Arabische Republik	5
		Ägypten	3
		Ghana	3
Norwegen	11	Afghanistan	6
		Äthiopien	1
		Eritrea	1
		Somalia	2
		Türkei	1
Österreich	20	darunter:	
		Afghanistan	9
		Aserbaidshan	4
		Russische Föderation	2
		Algerien	2
		Türkei	1

Jahr 2018			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Polen	121	darunter:	
		Russische Föderation	84
		Armenien	14
		Irak	8
		Georgien	4
		Türkei	3
Portugal	12	darunter:	
		Irak	4
		Pakistan	3
		Algerien	1
		Syrien, Arabische Republik	1
		Nigeria	1
Rumänien	42	Irak	33
		Syrien, Arabische Republik	3
		Afghanistan	3
		Iran, Islamische Republik	2
		Türkei	1
Schweden	46	darunter:	
		Afghanistan	24
		Somalia	11
		Nigeria	3
		Äthiopien	3
		Irak	1
Schweiz	22	darunter:	

Jahr 2018			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
		Eritrea	5
		Nigeria	4
		Aserbajdschan	3
		Äthiopien	2
		Georgien	2
Jahr 2018			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Slowakische Republik	19	Armenien	11
		Somalia	3
		Türkei	5
Slowenien	7	Aserbajdschan	1
		Irak	1
		Iran, Islamische Republik	4
		Tunesien	1
Spanien	90	darunter:	
		Ungeklärt	22
		Syrien, Arabische Republik	21
		Kamerun	11
		Armenien	5
		Guinea	5
Tschechische Republik	36	darunter:	
		Armenien	12
		Russische Föderation	7
		Kasachstan	5
		Türkei	4
		Irak	3
Ungarn	958	darunter:	
		Irak	256
		Afghanistan	211
		Aserbajdschan	199
		Türkei	68
		Syrien, Arabische Republik	54
Vereinigtes Königreich	2	Iran, Islamische Republik	2
Jahr 2018			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Zypern	2	Ghana	2
Gesamt	7.809		

1. Quartal 2019			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Belgien	4	Nigeria	2
		Somalia	1
		Guinea	1

1. Quartal 2019			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Bulgarien	8	Irak	7
		Syrien, Arabische Republik	1
Dänemark	5	Afghanistan	5
Estland	1	Nigeria	1
Frankreich	22	darunter:	
		Iran, Islamische Republik	5
		Nigeria	4
		Kosovo	3
		Irak	2
		Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire)	2
Griechenland	282	darunter:	
		Syrien, Arabische Republik	112
		Türkei	49
		Afghanistan	44
		Irak	31
		Iran, Islamische Republik	28
1. Quartal 2019			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Italien	914	darunter:	
		Nigeria	605
		Syrien, Arabische Republik	52
		Eritrea	33
		Somalia	28
		Kamerun	27
Lettland	3	Tadschikistan	2
		Aserbaidshan	1
Litauen	5	Armenien	2
		Tadschikistan	1
		Georgien	1
		Nigeria	1
Malta	3	Ghana	2
		Äthiopien	1
Niederlande	15	darunter:	
		Ghana	4
		Afghanistan	3
		Vietnam	3
		Algerien	2
		Kamerun	1
Österreich	6	Kasachstan	4
		Irak	2
Polen	12	Russische Föderation	7

1. Quartal 2019			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
		Ukraine	3
		Iran, Islamische Republik	1
		Vietnam	1

1. Quartal 2019			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Portugal	1	Angola	1
Rumänien	6	Irak	4
		Iran, Islamische Republik	1
		Syrien, Arabische Republik	1
Schweden	16	Afghanistan	8
		Irak	5
		Somalia	2
		Eritrea	1
Schweiz	2	Nordmazedonien	1
		Eritrea	1
Slowakische Republik	2	Vietnam	1
		Türkei	1
Slowenien	5	Irak	2
		Syrien, Arabische Republik	2
		Afghanistan	1
Spanien	19	darunter:	
		Syrien, Arabische Republik	10
		Ungeklärt	2
		Kamerun	2
		Algerien	1
		Guinea	1
Tschechische Republik	4	Armenien	2
		Syrien, Arabische Republik	1
		Russische Föderation	1

1. Quartal 2019			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Ungarn	201	darunter:	
		Aserbaidshan	57
		Afghanistan	39
		Iran, Islamische Republik	15
		Jemen	13
		Kosovo	12
Zypern	1	Kamerun	1
Gesamt	1.537		

2. Quartal 2019			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Belgien	3	Afghanistan	1
		Aserbaidtschan	1
		Guinea	1
Bulgarien	5	Irak	4
		Afghanistan	1
Dänemark	2	Kamerun	1
		Vietnam	1
Frankreich	24	darunter:	
		Türkei	5
		Guinea	3
		Kamerun	3
		Afghanistan	2
		Irak	2

2. Quartal 2019			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Griechenland	104	darunter:	
		Türkei	47
		Afghanistan	28
		Syrien, Arabische Republik	9
		Iran, Islamische Republik	6
		Armenien	5
Italien	97	darunter:	
		Nigeria	65
		Iran, Islamische Republik	5
		Syrien, Arabische Republik	4
		Aserbaidtschan	3
		Irak	3
Lettland	1	Aserbaidtschan	1
Litauen	3	Tadschikistan	3
Malta	13	Nigeria	6
		Tansania	4
		Türkei	2
		China	1
Niederlande	9	darunter:	
		Nigeria	2
		Türkei	2
		Ghana	1
		Indien	1
		Irak	1
Norwegen	7	Irak	3
		Moldau (Republik)	3
		Jemen	1

2. Quartal 2019			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Österreich	3	Iran, Islamische Republik	3
Polen	10	Armenien	4
		Aserbaidshan	2
		Russische Föderation	2
		Irak	1
		Vietnam	1
Portugal	2	Angola	2
Rumänien	3	Irak	3
Schweden	4	Afghanistan	3
		Irak	1
Schweiz	3	Nigeria	3
Slowakische Republik	1	Vietnam	1
Spanien	21	darunter:	
		Nigeria	6
		Armenien	3
		Ghana	3
		Eritrea	2
		Guinea	2
Tschechische Republik	17	Afghanistan	6
		Russische Föderation	5
		Armenien	2
		Türkei	2
		Vietnam	2

2. Quartal 2019			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Ungarn	85	darunter:	
		Aserbaidshan	35
		Afghanistan	16
		Irak	11
		Serbien	5
		Türkei	4
Vereinigtes Königreich	2	Afghanistan	1
		Pakistan	1
Gesamt	419		

Ansonsten wird auf die Beantwortung der Frage 3b) verwiesen.



- b) Warum sind Bedienstete des BAMF nach Ansicht der Fragesteller nicht dazu in der Lage einzuschätzen, in welchem Verhältnis Selbsteintritte zu faktischen Überstellungshindernissen stehen (vgl. Bundestagsdrucksache 19/14079, Antwort zu Frage 3b) – ist nicht das BAMF die fachkompetente Behörde, die hierzu eine Einschätzung treffen können müsste, und warum können Beschäftigte im Dublin-Referat des BAMF hierzu keine Einschätzung geben, obwohl sie solche Fälle tagtäglich bearbeiten und nach Auffassung der Fragestellenden deshalb über ein entsprechendes Erfahrungswissen verfügen müssten (bitte nachvollziehbar darstellen)?

Die Fragen 3a und 3b werden aufgrund ihres sachlichen Zusammenhangs zusammen beantwortet.

Gemäß Art. 17 Abs. 1 der Verordnung 604/2013 (Dublin III-VO) kann jeder Mitgliedstaat abweichend von Art. 3 Abs. 1 Dublin III-VO beschließen, einen bei ihm von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen gestellten Antrag auf internationalen Schutz zu prüfen, auch wenn er nach den in dieser Verordnung festgelegten Kriterien nicht für die Prüfung zuständig ist (sog. Selbsteintritt).

Faktische Überstellungshindernisse beschreiben in der Person des oder der zu Überstellenden begründete Umstände, die sich der Einflussnahme und Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) entziehen und zum Abbruch des Dublinverfahrens führen. Hierzu zählt beispielsweise Reiseunfähigkeit oder Krankheit, sowie Fälle des Kirchenasyls.

Da unter bestimmten Voraussetzungen ein faktisches Überstellungshindernis zur Ausübung des Selbsteintrittsrechts führt, erfolgt diesbezüglich keine differenzierte statistische Auswertung. Es handelt sich insgesamt um 2.972 Fälle für den Zeitraum Januar bis November 2019.

4. Wie viele Überstellungen nach der Dublin-Verordnung wurden im dritten Quartal 2019 bzw. insgesamt im Jahr 2019 zum letzten verfügbaren Stand vollzogen (bitte in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen angeben und auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und Mitgliedstaaten der Europäischen Union – in jedem Fall auch Griechenland, Ungarn, Bulgarien, Zypern und Malta – differenzieren)?

Wie viele dieser Personen wurden unter Einschaltung des Bundesamts, aber ohne Durchführung eines Asylverfahrens überstellt?

Die absolute Zahl für Überstellungen nach der Dublin III-VO von Januar bis Dezember 2019 kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Jan – Dez 2019 an Mitgliedstaaten	Überstellungen absolut	in Prozent
gesamt	8.423	

Die Angaben für das dritte Quartal 2019 und von Januar bis November 2019 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

3. Quartal 2019 an Mitgliedstaaten	Überstellungen absolut	in Prozent
gesamt	2.192	
darunter:		
Italien	633	28,9
Frankreich	362	16,5
Spanien	181	8,3

3. Quartal 2019 an Mitgliedstaaten	Überstellungen absolut	in Prozent
gesamt	2.192	
darunter:		
Schweden	157	7,2
Niederlande	136	6,2
Polen	124	5,7
Österreich	113	5,2
Schweiz	92	4,2
Belgien	78	3,6
Tschechische Republik	54	2,5
Portugal	53	2,4
Dänemark	48	2,2
Finnland	27	1,2
Rumänien	22	1,0
Litauen	19	0,9
Bulgarien	5	0,2
Malta	5	0,2
Griechenland	4	0,2
Zypern	1	0,0
Ungarn		0,0

3. Quartal 2019 Herkunftsländer	Überstellungen absolut	in Prozent
gesamt	2.192	
darunter:		
Nigeria	302	13,8
Irak	201	9,2
Iran, Islamische Republik	175	8,0
Russische Föderation	159	7,3
Afghanistan	143	6,5
Guinea	105	4,8
Somalia	103	4,7
Syrien, Arabische Republik	101	4,6
Gambia	62	2,8
Pakistan	62	2,8
Türkei	50	2,3
Eritrea	47	2,1
Aserbaidshan	43	2,0
Algerien	36	1,6
Sudan (ohne Südsudan)	32	1,5

Jan – Nov 2019 an Mitgliedstaaten	Überstellungen absolut	in Prozent
gesamt	7.886	
darunter:		
Italien	2.378	30,2
Frankreich	1.095	13,9
Spanien	569	7,2
Schweden	548	6,9
Niederlande	547	6,9
Polen	494	6,3
Österreich	482	6,1
Schweiz	351	4,5

Jan – Nov 2019 an Mitgliedstaaten	Überstellungen absolut	in Prozent
gesamt	7.886	
darunter:		
Belgien	269	3,4
Portugal	185	2,3
Tschechische Republik	165	2,1
Dänemark	145	1,8
Finnland	144	1,8
Slowenien	82	1,0
Norwegen	77	1,0
Bulgarien	18	0,2
Griechenland	17	0,2
Malta	15	0,2
Zypern	1	0,0
Ungarn	-	-

Jan – Nov 2019 Herkunftsländer	Überstellungen absolut	in Prozent
gesamt	7.886	
darunter:		
Nigeria	974	12,4
Irak	764	9,7
Iran, Islamische Republik	634	8,0
Russische Föderation	579	7,3
Afghanistan	535	6,8
Guinea	404	5,1
Somalia	347	4,4
Syrien, Arabische Republik	299	3,8
Pakistan	280	3,6
Eritrea	228	2,9
Aserbaidshan	201	2,5
Gambia	197	2,5
Ungeklärt	143	1,8
Türkei	142	1,8
Sudan (ohne Südsudan)	142	1,8

Zeitraum	Überstellungen ohne Durchführung eines Asylverfahrens
3. Quartal 2019	127
Jan-Nov 2019	492

5. Wie ist die Aussage des BAMF-Präsidenten Dr. Hans-Eckhard Sommer (siehe Vorbemerkung der Fragesteller), das BAMF erkenne inzwischen „die Härtefälle selber“, damit vereinbar, dass im zweiten Quartal 2019 die Zahl der Selbsteintritte drastisch (um mehr als 70 Prozent) zurückgegangen ist und es diesbezüglich auch schon vorher einen Rückgang gab (siehe Vorbemerkung der Fragesteller, bitte ausführen)?

Wie erklärt das BAMF den drastischen Rückgang der Zahl der Selbsteintritte insbesondere im zweiten Quartal 2019, dessen Ausmaß nach Auffassung der Fragestellenden nicht mit Entscheidungen im Einzelfall erklärt werden kann (bitte nachvollziehbar ausführen)?

Welche internen Vorgaben oder Anweisungen gab es zur Wahrnehmung des Selbsteintrittsrechts im BAMF in den letzten drei Jahren (bitte im Detail und mit Datum auflisten)?

Das BAMF prüft jeden Einzelfall mit der gebotenen Sorgfalt. Hierbei werden stets die besonderen Umstände des Einzelfalls berücksichtigt. Siehe hierzu auch die Antwort zu Frage 3.

Im Übrigen stellt das BAMF im Einklang mit der Praxis anderer Mitgliedstaaten seit März 2019 wieder für alle Personengruppen Übernahmeersuchen an Italien. Dies umfasst insbesondere auch Familien mit Kindern, für die nicht mehr generell ein Selbsteintrittsrecht ausgeübt wird.

6. Wie ist die Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 25 und 26 auf Bundestagsdrucksache 19/14079, in einem Großteil der Kirchenasylverfahren habe bereits eine gerichtliche Überprüfung im Eilverfahren mit negativem Ergebnis stattgefunden und das BAMF nehme bezüglich solcher bereits gerichtlich überprüfter Gründe „i. d. R. keine andere Bewertung“ vor, damit vereinbar, dass Gerichte das BAMF – gerade in Eilverfahren – zu einer Wahrnehmung des Selbsteintrittsrechts aus humanitären Gründen nur in wenigen zugespitzten Fallkonstellationen verpflichten können (sogenannte Ermessensreduzierung auf null), während das BAMF sein humanitäres Ermessen nach Ansicht der Fragesteller weitaus großzügiger wahrnehmen könnte, es dies aber zuletzt zum Beispiel bei Ersuchen aus Griechenland nach Artikel 17 Absatz 2 der Dublin-Verordnung kaum noch gemacht hat (im zweiten Quartal 2019 in genau einem Fall, bei 157 Ablehnungen; Bundestagsdrucksache 19/14079, Antwort zu Frage 14)?

Das BAMF prüft stets, ob die Ausübung des Selbsteintrittsrechts geboten ist. Dabei beschränkt das BAMF die Ausübung des Selbsteintrittsrechts regelmäßig auf Personen, bei denen die Überstellung in den zuständigen Mitgliedstaat eine besondere, außergewöhnliche Härte darstellen würde.

7. Wie begründet das BAMF sein Vorgehen in dem vom Niedersächsischen Flüchtlingsrat dokumentierten Fall ([www.nds-fluerat.org/40062/aktuelles/ben-bakayoko-kampf-um-bleiben-zu-koennen/](http://www.nds-fluerat.org/40062/aktuelles/ben-bakayoko-kampf-um-bleiben-zu-koennen/)), bei dem ein im Jahr 2016 über Italien nach Deutschland gekommener Flüchtling im April 2019 nach Italien zurücküberstellt werden sollte, obwohl diesem in dem Artikel eine „Bilderbuchintegration“ bescheinigt wird (Spracherwerb, Erwerbstätigkeit, Ausbildungsvertrag), weshalb sich sogar der Niedersächsische Innenminister gegenüber dem Präsidenten des BAMF für dessen Bleiberecht einsetzen wollte, und obwohl der Betroffene zusammen mit seiner langjährigen deutschen Freundin im September 2019 ein Kind erwartete und ihm spätestens dann als Vater eines deutschen Kindes ohnehin ein Aufenthaltsrecht zugestanden hätte (bitte ausführen)?

- a) Sind die Ausführungen in dem Artikel zutreffend, dass ein vorgelegtes fachärztliches Attest (soweit ersichtlich über seine schwere psychische Belastungserkrankung vor dem Hintergrund einer vorliegenden Risikoschwangerschaft und der drohenden Abschiebung) vom BAMF als unzureichend erachtet wurde, weil es den gesetzlichen Anforderungen nicht genügt habe, und dass die Dublin-Verordnung keine Abschiebungshindernisse in Bezug auf die zu erwartende Geburt eines Kindes vorsehe (die Verordnung berücksichtigte keine „präinatale Bindung“)?

Wenn ja, wie wird dies begründet, und wenn nein, was war der Fall?

- b) Entspricht das geschilderte Vorgehen im Einzelfall den internen Vorgaben und Weisungen des BAMF zu solchen Fallkonstellationen (bitte darstellen)?
- c) Wie ist das Vorgehen des BAMF damit vereinbar, dass nach Aussage von BAMF-Präsident Dr. Hans-Eckhard Sommer das BAMF Härtefälle selber erkenne (siehe oben und Vorbemerkung der Fragesteller; bitte ausführen)?

Die Fragen 7 und 7a), b) und c) werden zusammen beantwortet.

Ob das Selbsteintrittsrecht ausgeübt wird oder vorübergehende Abschiebungshindernisse vorliegen, wird in jedem Einzelfall sorgfältig geprüft. Dabei setzt das BAMF geltendes Recht um und lässt keine rechtlichen Aspekte bei seiner Prüfung unberücksichtigt. Das BAMF prüft, ob eine Überstellung stattfinden kann oder Abschiebehindernisse vorliegen bzw. das Selbsteintrittsrecht ausgeübt wird.

Im dargelegten Fall waren aus Sicht des BAMF keine der o. g. Gründe für einen Selbsteintritt ersichtlich.

Ohne Schweigepflichtentbindung des Betroffenen nimmt das Bundesamt zu Einzelfällen nicht im Detail Stellung.

8. Wie viele Kirchenasylfälle wurden im bisherigen Jahr 2019 an das BAMF gemeldet (bitte nach Monaten und Bundesländern differenzieren und auch angeben, in wie vielen Fällen es einen Dublin-Bezug gab)?

In wie vielen Fällen wurde rechtzeitig ein Dossier vorgelegt, was war das Ergebnis der Überprüfungen, und wie sind die Verfahren ausgegangen (Überstellung, Selbsteintritt Deutschlands, sonstige Verfahrenserledigung)?

Die Kirchenasylfälle mit Dublinbezug für den Zeitraum Januar bis November 2019 können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Monat	Anzahl der gemeldeten Kirchen-Asylfälle	dazu bisher eingegangene Dossiers	Ergebnisse der bisherigen Dossier-Prüfungen		Sonstige Erledigungen
			SER ausgeübt	kein SER ausgeübt	
Jan – Nov 2019	595	412	14	380	3

Der nachfolgenden Tabelle kann die Verteilung der Kirchenasylmeldungen mit Dublin-Bezug für den Zeitraum Januar bis November 2019 auf die Bundesländer entnommen werden.

Bundesland	Jan – Nov 2019
Nordrhein-Westfalen	168
Bayern	103
Hessen	71
Niedersachsen	50
Berlin	40
Bremen	32
Hamburg	27
Mecklenburg-Vorpommern	23
Schleswig-Holstein	17
Brandenburg	19
Rheinland-Pfalz	13
Sachsen-Anhalt	11
Thüringen	10
Baden-Württemberg	7
Sachsen	3
Saarland	1

9. Inwieweit wird die überwiegende Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte und aller Oberverwaltungsgerichte, die bislang hierzu entschieden haben (siehe [www.asyl.net/view/detail/News/weitere-verschaerfungen-beim-kirchenasyl-und-neue-obergerichtliche-entscheidungen/](http://www.asyl.net/view/detail/News/weitere-verschaerfungen-beim-kirchenasyl-und-neue-obergerichtliche-entscheidungen/)), durch das BAMF umgesetzt, wonach nach Ansicht der Fragesteller eine Verlängerung der Überstellungsfrist von sechs auf 18 Monate nicht damit begründet werden kann, dass sich die Betroffenen im „offenen Kirchenasyl“ befinden, weil der Aufenthaltsort den Behörden in diesen Fällen bekannt ist und die Betroffenen nicht „flüchtig“ im Sinne der Dublin-Verordnung sind, und wenn nicht, mit welcher Begründung (bitte ausführen)?

Inwieweit muss eine Nichtbeachtung dieser Rechtsprechung (dies geht zumindest indirekt aus dem o. g. Artikel hervor) nach Ansicht der Fragesteller so verstanden werden, dass das Kirchenasyl als jahrzehntelang toleriertes Schutzinstrument ausgehöhlt werden soll, weil Betroffene sich in jedem Einzelfall rechtlich zur Wehr setzen müssen und bis zu einer gerichtlichen Entscheidung (längstens bis zu 18 Monate) die Kirchengemeinden für die Unterbringung, Betreuung und Versorgung der Betroffenen sorgen müssen (bitte ausführen)?

Das BAMF setzt die ergangenen Gerichtsentscheidungen zu Kirchenasylfällen um.

Eine höchstrichterliche Klärung durch das Bundesverwaltungsgericht in der Rechtsfrage, ob Antragstellende, die sich in das Kirchenasyl begeben, flüchtig sind, steht noch aus.

10. Inwieweit ist nach Einschätzung des BAMF die Beobachtung des bundesweiten Koordinierungskreises gegen Menschenhandel e. V. (KOK) zutreffend (vgl. [www.kok-gegen-menschenhandel.de/fileadmin/user\\_upload/KOK-Infodienst\\_2019\\_WEB.pdf](http://www.kok-gegen-menschenhandel.de/fileadmin/user_upload/KOK-Infodienst_2019_WEB.pdf)), wonach das BAMF seit Anfang 2018 seine Dublin-Prüfpraxis im Umgang mit Opfern von Menschenhandel verschärft habe, weil es zuvor in diesen Fällen die Asylgesuche inhaltlich meist selbst geprüft habe, ohne dass es hierzu habe gerichtlich verpflichtet werden müssen, während das BAMF Betroffene inzwischen häufig auf Italien verweise, weil sie sich dort an die Polizei wenden könnten, eine Reviktimisierung unwahrscheinlich sei oder/und die Betroffenen sich ja schon einmal erfolgreich aus den Händen der Menschenhändler befreit hätten, sodass deshalb angeblich keine Gefährdungen drohten?

Welche internen Entscheidungen, Vorgaben usw. haben gegebenenfalls zu dieser Änderung der Entscheidungspraxis geführt, wer hat dies zu verantworten, und wie wird dies begründet (bitte ausführen)?

Das BAMF prüft die Ausübung des Selbsteintrittsrechts in jedem Verfahren unter Berücksichtigung der konkreten Einzelheiten des jeweiligen Einzelfalls und der jeweils aktuellen Verhältnisse im Mitgliedstaat, wobei insbesondere die Reviktimisierungsgefahr im Fall einer Rückkehr in den Mitgliedstaat eine Rolle spielt.

11. Ist es zutreffend, wie es im „Informationsdienst 2019“ des KOK (a. a. O., S. 7 f.) heißt, dass das BAMF von Italien auch bei Familien mit unter dreijährigen Kindern keine individuellen Vorabzusicherungen der italienischen Behörden zu deren adäquaten Unterbringung und Versorgung mehr einholt, wegen einer entsprechenden allgemeinen Zusicherung Italiens vom 8. Januar 2019 (bitte darlegen und begründen)?

Nein.

- a) Wie verhält es sich in Bezug auf individuelle Vorabzusicherungen Italiens bei anderen besonders schutzbedürftigen Asylsuchenden (bitte darstellen)?

Bei anderen, als vulnerabel eingestuft Personen wird derzeit vorab keine individuelle Zusicherung eingeholt. Den Belangen der Personen wird spätestens im Überstellungsverfahren in Kooperation mit dem jeweiligen Mitgliedstaat, Ausländerbehörde und Bundespolizei Rechnung getragen. Das BAMF beobachtet die Situation in Italien sehr aufmerksam.

- b) Wie ist eine solche Praxis nach Ansicht der Bundesregierung gegebenenfalls mit der „Tarakhel“-Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 4. November 2014 vereinbar, der solche konkreten individuellen Zusicherungen der italienischen Behörden bei schutzbedürftigen Personen verlangt hat (vgl. ebd., S. 7)?

Die italienische Regierung hat nach Kenntnis des BAMF die staatliche Aufnahmekapazität erheblich erhöht und die Zahl der Unterkunftsplätze im (staatlichen) Unterkunftssystem in den Jahren von 2015 bis 2017 nahezu verdreifacht (so VGH Baden-Württemberg, A 4 S 749, Urteil vom 29.07.2019, Rn. 56). Setzt man die Zahl der Asylantragsteller mit der Zahl der zur Verfügung stehenden Aufnahmeplätze in Relation zueinander und vergleicht die heutige Situation mit der Situation, die der EGMR im Jahr 2014 in der Tarakhel-Entscheidung zu beurteilen hatte, so zeigt sich nach Einschätzung des BAMF eine signifikante Verbesserung bei der Aufnahmekapazität Italiens. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 11 verwiesen.



12. Inwieweit ist die Bundesregierung bereit, bei Asylsuchenden, die im nach der Dublin-Verordnung eigentlich zuständigen Mitgliedstaat Opfer von Menschenhandel wurden, auf die Forderungen und Warnungen der Fachberatungsstellen einzugehen, wie in der Vergangenheit im Regelfall wieder selbst in die inhaltliche Asylprüfung einzusteigen, um diesen Opfern eine Reviktimisierung zu ersparen und ihnen entsprechende Ängste, erneut Opfer von Menschenhandel zu werden, zu nehmen (bitte begründen)?

Das BAMF setzt speziell geschulte Sonderbeauftragte für Opfer von Menschenhandel ein, die bezüglich der Würdigung des Sachvortrags im Verfahren Stellung nehmen. In Fällen, in denen Schutzsuchende glaubhaft vortragen, Opfer von Menschenhandel geworden zu sein, kann das Selbsteintrittsrecht ausgeübt werden. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 10 verwiesen.

13. Welche Konsequenzen werden für die Entscheidungspraxis des BAMF bei Überstellungen nach Italien aus dem Bericht der Schweizerischen Flüchtlingshilfe vom 8. Mai 2019 zur aktuellen Situation für Asylsuchende in Italien gezogen ([www.fluechtlingshilfe.ch/assets/herkunftslaender/dublin/italien/190508-auskunft-italien.pdf](http://www.fluechtlingshilfe.ch/assets/herkunftslaender/dublin/italien/190508-auskunft-italien.pdf)), wonach sich die ohnehin prekäre Unterbringungssituation in Italien für Dublin-Rückkehrer und insbesondere für besonders Schutzbedürftige, erheblich verschlechtert habe (für während des Verfahrens Weitergereiste gebe es keinen Anspruch auf Unterbringung; besonders Schutzbedürftige würden selbst dann nicht ihren Bedürfnissen entsprechend untergebracht, wenn dies zuvor von den italienischen Behörden individuell zugesichert worden sei, ebd., S. 13 f.; bitte ausführen)?

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 20 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/14079 verwiesen, die den unveränderten Sachstand wiedergibt.

14. Wie wird im BAMF ganz konkret die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Oktober 2019 (2 BvR 1380/19) umgesetzt, mit der eine ablehnende gerichtliche Entscheidung als verfassungswidrig aufgehoben wurde, weil insbesondere der Bericht der Schweizerischen Flüchtlingshilfe vom 8. Mai 2019 zu Italien nicht berücksichtigt und auch keine konkret-individuelle Zusicherung von den italienischen Behörden zur kind- und familiengerechten Unterbringung im Fall einer Mutter mit Kleinkind eingeholt worden war, was vor dem Hintergrund der kritischen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und angesichts der Änderungen infolge des „Salvini-Dekrets“ von Ende 2018 den Anforderungen an die notwendige Sachverhaltsaufklärung nicht gerecht werde (bitte ausführlich darlegen)?

Inwieweit hält die Bundesregierung angesichts dieser Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts an ihrer Antwort vom 12. Dezember 2018 auf die Mündliche Frage Frage 26 der Abgeordneten Ulla Jelpke zu den Auswirkungen des Salvini-Dekrets fest – vgl. Plenarprotokoll 19/70, S. 8175 (bitte begründen)?

Was haben die dort zugesagten sorgfältigen Beobachtungen der „Entwicklung der Sach- und Rechtslage (...) insbesondere im Hinblick auf Familien mit minderjährigen Kindern“ erbracht (bitte so konkret wie möglich darlegen)?

Das BAMF wird die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 10. Oktober 2019 (2 BvR 1380/19) umsetzen.



Die Bundesregierung verweist auf die Antwort vom 12. Dezember 2018 zu der Frage der Abgeordneten Jelpke (vgl. Plenarprotokoll 19/70, Seite 8175, Antwort auf Frage 26). Die Entwicklung der Sach- und Rechtslage in Italien wird weiterhin sehr sorgfältig beobachtet, insbesondere im Hinblick auf Familien mit minderjährigen Kindern. Sowohl das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) als auch das BAMF sind unter anderem zu diesem Zwecke mit entsprechendem Personal vor Ort vertreten.

15. Wie viele Asylanträge wurden im dritten Quartal 2019 bzw. im bisherigen Jahr 2019 zum letzten verfügbaren Stand mit der Begründung einer Nichtzuständigkeit nach der Dublin-Verordnung als unzulässig abgelehnt oder die Verfahren eingestellt, ohne dass ein Asylverfahren mit inhaltlicher Prüfung durchgeführt wurde (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und auch die Zahl formeller Entscheidungen nennen)?

Wie viele Asylanträge wurden als unzulässig erachtet, weil bereits in einem anderen Land ein Schutzstatus gewährt wurde (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben)?

Welche statistischen Angaben können zu Rechtsmitteln gegen Unzulässigkeitsentscheidungen des BAMF wegen „Schutz im Mitgliedstaat“ für das bisherige Jahr 2019 gemacht werden (Zahl der Klagen und Eilanträge, differenzierte Darstellung der Ergebnisse der gerichtlichen Entscheidungen, auch nach den zehn Hauptherkunftsländern differenziert), und welche Mitgliedstaaten betrafen solche Rechtsmittel wegen „Schutz im Mitgliedstaat“ nach Einschätzung fachkundiger Bediensteter im BAMF vor allem?

Die Asylanträge, die mit der Begründung einer Nichtzuständigkeit nach der Dublin-Verordnung als unzulässig abgelehnt worden sind, die Zahl formeller Entscheidungen und die Zahl der gesamt getroffenen Entscheidungen im Zeitraum Januar bis Dezember 2019 können der nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Zeitraum	Formelle Entscheidungen	Entscheidungen gesamt	davon Dublin-Entscheidungen (Nichtzuständigkeit)
Jan – Dez 2019	59.591	183.954	25.125

Die Angaben für das dritte Quartal 2019 und für den Zeitraum Januar bis November 2019 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Zeitraum	Entscheidungen gesamt				
	davon formelle Entscheidungen				
	davon Dublin-Entscheidungen (Nichtzuständigkeit)				
				davon unzulässig (nach § 29 I Nr. 1 AsylG)	davon Einstellungen
3. Quartal 2019	45.156	15.281	6.182	6.156	26
Jan – Nov 2019	172.629	56.312	23.972	23.853	119

Zeitraum	Entscheidungen gesamt			
	davon formelle Entscheidungen			
			davon Schutz im Mitgliedstaat	
3. Quartal 2019	45.156	15.281	3.869	
Jan – Nov 2019	172.629	56.312	11.684	

Entscheidungen zu Eilanträgen gegen Entscheidungen nach § 29 Abs. I Nr. 2 AsylG (Schutz in MS) im Zeitraum 01.01. – 31.10.2019 (Stand 15.12.2019)			
	abgelehnt	stattgegeben	Gesamt
Gesamt	2.106	578	2.684
darunter:			
Syrien, Arabische Republik	890	273	1163
Irak	288	88	376
Afghanistan	253	70	323
Somalia	172	33	205
Nigeria	164	18	182
Eritrea	66	22	88
Ungeklärt	65	23	88
Iran, Islamische Republik	34	16	50
Russische Föderation	26	8	34
Staatenlos	18	16	34

Klagen gegen Entscheidungen nach § 29 Abs. I Nr. 2 AsylG (Schutz in MS) im Zeitraum 01.01. – 31.10.2019 (Stand 15.12.2019)	
Gesamt	10.434
darunter:	
Syrien, Arabische Republik	4.549
Irak	1.941
Afghanistan	1.238
Somalia	739
Nigeria	557
Ungeklärt	344
Eritrea	261
Iran, Islamische Republik	192
Staatenlos	87
Äthiopien	74

01.01.–31.10.2019 (Stand 15.12.2019)	Gerichtsentscheidungen gegen Entscheidungen nach § 29 Abs. I Nr. 2 AsylG (Schutz in MS)												
HKL	Ge- samt	Flücht- lingsschutz gem. § 3 I AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG		Abschie- bungsverbot		Ablehnung		sonst. Ver- fahrenserle- digung		Abschie- bungs- androhung	
		abso- lut	in	abso- lut	in	abso- lut	in	Ab- solut	in	abso- lut	in	abso- lut	in
Gesamt	5.122	3	0,1	1	0,0	1.189	23,2	46	0,9	3.865	75,5	18	0,4
darunter:													
Syrien, Arabische Republik	2.391	2	0,1	0	0,0	745	31,2	27	1,1	1.613	67,5	4	0,2
Somalia	621	0	0,0	0	0,0	41	6,6	8	1,3	566	91,1	6	1,0
Irak	590	0	0,0	0	0,0	169	28,6	8	1,4	411	69,7	2	0,3
Afghanistan	367	0	0,0	0	0,0	110	30,0	1	0,3	255	69,5	1	0,3
Nigeria	251	0	0,0	0	0,0	14	5,6	1	0,4	236	94,0	0	0,0
Eritrea	247	1	0,4	1	0,4	28	11,3	0	0,0	213	86,2	4	1,6
Ungeklärt	140	0	0,0	0	0,0	47	33,6	0	0,0	93	66,4	0	0,0
Jemen	75	0	0,0	0	0,0	1	1,3	0	0,0	74	98,7	0	0,0
Staatenlos	70	0	0,0	0	0,0	4	5,7	0	0,0	66	94,3	0	0,0

01.01.-31.10.2019 (Stand 15.12.2019)		Gerichtsentscheidungen gegen Entscheidungen nach § 29 Abs. I Nr. 2 AsylG (Schutz in MS)											
HKL	Ge- samt	Flücht- lingsschutz gem. § 3 I AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG		Abschie- bungsverbot		Ablehnung		sonst. Ver- fahrenserle- digung		Abschie- bungs- androhung	
		abso- lut	in	abso- lut	in	abso- lut	in	Ab- solut	in	abso- lut	in	abso- lut	in
Gesamt	5.122	3	0,1	1	0,0	1.189	23,2	46	0,9	3.865	75,5	18	0,4
darunter:													
Iran, Islamische Republik	57	0	0,0	0	0,0	2	3,5	0	0,0	55	96,5	0	0,0

Eine Auswertung nach dem Mitgliedstaat ist statistisch nicht möglich.

- a) Wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse der gerichtlichen Überprüfungen von BAMF-Ablehnungen wegen „Schutz im Mitgliedstaat“ (vgl. Bundestagsdrucksache 19/14079, Antwort zu Frage 5), wenn bei inhaltlichen Gerichtsentscheidungen Flüchtlinge zu 93 Prozent einen Schutzstatus zugesprochen bekamen und nur zu 1,1 Prozent die Klage gegen den BAMF-Bescheid abgewiesen wurde (bitte ausführen)?

Welche Konsequenzen werden hieraus gezogen, und welche typischen Fallkonstellationen liegen nach Einschätzung fachkundiger Bediensteter des BAMF in den 76,7 Prozent gerichtlicher Verfahren vor, in denen es in diesen Fällen „sonstige Verfahrenserledigungen“ gab (ebd.)?

Die Anzahl von 76,7 Prozent sonstiger Verfahrenserledigungen setzen sich unter anderem zusammen aus:

- Klagerücknahmen, Einstellungen wegen Nicht-Betreibens des Verfahrens
- Verfahren, bei denen dem Eilantrag stattgegeben worden ist, da in diesen Verfahren nach § 37 Abs. 1 Asylgesetz (AsylG) das Verfahren vom BAMF fortgesetzt werden muss und somit keine Hauptsachentscheidung mehr erfolgt
- Klageabweisungen, also die Fälle, in denen der Bescheid des BAMF bestätigt wird
- Bescheidaufhebungen

Die in der Statistik erfassten 1,1 Prozent Ablehnungen umfassen nicht die Aufhebung des BAMF-Bescheids bzgl. der Unzulässigkeit nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG, sondern Ablehnungen des internationalen Schutzes und sind wohl auf Falscheingaben im System zurückzuführen.

Die Gerichte haben demnach im ersten Halbjahr 2019 (bezuggenommene Bundestagsdrucksache 19/14079) – abgesehen von der nicht näher differenzierten Zahl der sonstigen Verfahrenserledigungen mit 76,7 Prozent – in 21,7 Prozent der Fälle eine vom BAMF abweichende Entscheidung getroffen, mit der ein Schutzstatus oder ein Abschiebungsverbot festgestellt wurde. Das BAMF entscheidet über den ihm im Zeitpunkt seiner Entscheidung vorliegenden Sachverhalt über das Vorliegen einer Gefahr bei einer möglichen Rückkehr in den Mitgliedstaat nach den Anforderungen des Europäischen Gerichtshofs (Ibrahim/Jawo). Eine Änderung der Praxis, die jeweiligen Umstände des Einzelfalles bei

der Entscheidung des BAMF im Lichte der EuGH-Rechtsprechung zu bewerten, wird entsprechend nicht für erforderlich erachtet.

- b) Kann die Bundesregierung inzwischen einschätzen (eine „valide“ Schätzung ist nicht erforderlich), mit welcher ungefähren Zahl Betroffener zu rechnen ist, die infolge der Neuregelung nach § 1 Absatz 4 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) unter bestimmten Bedingungen gar keine Leistungen mehr erhalten könnten, auch vor dem Hintergrund, dass es pro Quartal zuletzt etwa 3.000 solcher Entscheidungen des BAMF gab, mit denen eine Schutzgewährung in einem anderen Mitgliedstaat festgestellt wurde – vgl. Bundestagsdrucksache 19/14079, Antwort zu Frage 5 (bitte ausführen)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 5, der Bundestagsdrucksache 19/14079, die den unveränderten Sachstand wiedergibt, verwiesen.

- c) Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus, dass die Neuregelung nach § 1 Absatz 4 AsylbLG Personen mit einer Duldung nicht betrifft, weil diese Leistungen nach § 1 Absatz 1 Nummer 4 AsylbLG erhalten, während die Neuregelung nur für Leistungsberechtigte nach § 1 Absatz 1 Nummer 5 AsylbLG gilt, und wenn nein, bitte ausführlich in Auseinandersetzung mit dem klaren Wortlaut der Vorschrift begründen?

Welche Rechtsprechung zu dieser Neuregelung liegt ihr bereits vor (bitte darstellen)?

Die Bundesregierung stimmt der Auffassung zu, vor dem Hintergrund, dass sich die Leistungsberechtigten nach § 1 Absatz 1 Nummer 4 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) geduldet in Deutschland aufhalten. Ein Anspruchsausschluss bei fortbestehendem internationalen Schutz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem am Verteilmechanismus teilnehmenden Drittstaat bei gleichzeitiger Duldung in Deutschland wäre insoweit in sich widersprüchlich.

Hinsichtlich der Frage nach der diesbezüglich vorliegenden Rechtsprechung ist anzumerken, dass die Erfassung überwiegend erstinstanzlicher Rechtsprechung nicht zu den Aufgaben der Bundesregierung gehört.

- d) Welche Konsequenzen werden aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 5. November 2019 (1 BvL 7/16) in Bezug auf Regelungen zur Kürzung oder sogar Einstellung von Leistungen zur Sicherstellung des menschenwürdigen Existenzminimums nach dem AsylbLG gezogen, weil demnach der Anspruch auf Existenzsicherung nicht durch vermeintlich „unwürdiges“ Verhalten verloren geht und ein Verweis auf die vorrangige selbständige Existenzsicherung bei vielen Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG schon deshalb nicht in Betracht kommt, weil sie einem Arbeitsverbot unterliegen oder nur einen nachrangigen Arbeitsmarktzugang (vgl. erster Leitsatz des Urteils; bitte ausführlich begründen)?
- e) Inwieweit sind Leistungskürzungen nach § 1a AsylbLG, die nach Berechnungen von Pro Asyl 43 Prozent der Leistungen nach dem AsylbLG ausmachen ([www.proasyl.de/news/verfassungswidrige-leistungskuerzungen-nicht-nur-thema-bei-hartz-iv/](http://www.proasyl.de/news/verfassungswidrige-leistungskuerzungen-nicht-nur-thema-bei-hartz-iv/)), nach Auffassung der Bundesregierung mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 5. November 2019 (1 BvL 7/16) vereinbar, weil demnach ein strenger Verhältnismäßigkeitsgrundsatz bei Kürzungen der Leistungen zur menschenwürdigen Existenzsicherung gelten muss und Kürzungen über 30 Prozent hinaus im Kontext des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB II und SGB XII) –deren Leistungen höher als

die des AsylbLG sind – untersagt wurden (bitte ausführlich begründen)?

Wie viel Prozent der ungekürzten Leistungen nach dem AsylbLG machen die Kürzungen nach § 1a AsylbLG nach Berechnung der Bundesregierung aus (bitte ausführen)?

Die Fragen 15d und 15e werden gemeinsam beantwortet.

Dem Urteil des BVerfG vom 5. November 2019 (1 BvL 7/16) liegt die verfassungsrechtliche Prüfung der Leistungsminderungen nach § 31a in Verbindung mit §§ 31 und 31b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) zugrunde. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich sowohl die betroffenen Personengruppen als auch der Zweck des SGB II von denen des AsylbLG maßgeblich unterscheiden. Gleichwohl prüft die Bundesregierung, ob sich in Bezug auf die Regelungen des AsylbLG Handlungsbedarf ergeben könnte.

Im Übrigen weist die Bundesregierung darauf hin, dass das BVerfG im Urteil vom 5. November 2019 Minderungen der Leistungen zur Existenzsicherung nicht grundsätzlich auf 30 Prozent begrenzt hat.

Die Maßgaben des BVerfG beziehen sich auf die derzeitigen Regelungen zu Leistungsminderungen im SGB II, die nach Feststellung des BVerfG Minderungen um mehr als 30 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs bei wiederholten Pflichtverletzungen nicht erlauben.

Zur Frage nach der prozentualen Höhe der Anspruchseinschränkung nach § 1a AsylbLG ist zu berücksichtigen, dass das AsylbLG und das SGB II unterschiedliche Leistungssysteme beinhalten. Während im SGB II der vollständige Bedarf grundsätzlich als einheitliche Geldleistung zu gewähren ist, sind im AsylbLG gem. § 3 Absatz 2 und 3 AsylbLG mehrere Bedarfsgruppen teilweise als Sach- wie auch Geldleistungen zu erbringen. Insbesondere bei einer Anspruchseinschränkung sind gem. § 1a Absatz 1 Satz 4 AsylbLG vorrangig Sachleistungen zu erbringen. Vor diesem Hintergrund können nach Auffassung der Bundesregierung keine pauschalen Prozentangaben zur Höhe der Anspruchseinschränkung ausgewiesen werden.

- f) Kennt die Bundesregierung den Beschluss des Sozialgerichts Landshut vom 24. Oktober 2019 (S 11 AY 64/19 ER), wonach die gesetzliche Neuregelung zur pauschalen Kürzung der Leistungen von in Gemeinschaftsunterkünften untergebrachten Asylsuchenden um 10 Prozent (durch Zuordnung zur Bedarfsstufe 2) nach einer summarischen Prüfung verfassungswidrig erscheine (siehe insbesondere Seite 13 f.), insbesondere weil die Behauptung, dieser Personenkreis habe geringere Verbrauchsausgaben, weder ermittelt noch nachvollziehbar begründet wurde – diese Kritik war schon im Gesetzgebungsverfahren vorgebracht worden, vgl. z. B. Wortprotokoll der 50. Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Anhörung vom 3. Juni 2019 (bitte begründen)?

Welche Schlüsse zieht sie daraus?

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass der Bundestag und Bundesrat als Gesetzgeber ausweislich der Gesetzesbegründung zum Dritten Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes (Bundestagsdrucksache 19/10052, Seite 23 ff.) eine Differenzierung der Leistungssätze vorgenommen hat, die den verfassungsrechtlichen Anforderungen gerecht wird.

16. Wie ist zu erklären, dass von 30.201 zum 31. Juli 2019 aufhältigen Personen, bei denen ein anderer Mitgliedstaat für die Asylprüfung zuständig sei, nur 13.215 ausreisepflichtig waren – vgl. Bundestagsdrucksache 19/14079, Antwort zu Frage 6 (bitte ausführen, insbesondere soweit dies nicht mit noch nicht rechts- oder bestandskräftig gewordenen Bescheiden erklärt werden kann)?

Bei den nicht ausreisepflichtigen Personen handelt es sich zum größten Teil um die Personen, die eine Aufenthaltsgestattung besitzen. Das heißt die Personen befinden sich zwischenzeitlich in einem Asylverfahren, der neue Verfahrensstand wurde bisher aber noch nicht im Ausländerzentralregister (AZR) erfasst.

Zum anderen sind dies Personen, die zwischenzeitlich einen Aufenthaltstitel aus anderen Gründen, z. B. aus familiären Gründen erhalten haben.

17. Wie wird die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 7. Oktober 2019 (2 BvR 721/19) vom BAMF konkret umgesetzt, wonach die substantiiert geltend gemachte Gefahr einer drohenden unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung (unzureichende Unterbringungsbedingungen, drohende Obdach- und Mittellosigkeit usw.) unabhängig davon geprüft werden muss, ob es sich um Asylsuchende oder anerkannte Flüchtlingen handelt, weil es nach der gefestigten Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nicht darauf ankomme, ob diese Gefährdungen infolge einer Abschiebung bzw. Überstellung nach oder vor einer Entscheidung im Asylverfahren drohen?

Welche internen Vorgaben gibt es im BAMF zum Umgang mit solchen geltend gemachten Gefährdungen bei anerkannten Flüchtlingen (bitte so konkret wie möglich darlegen und insbesondere kenntlich machen, bezüglich welcher Mitgliedstaaten diese Gefahren gegebenenfalls behördenintern ausgeschlossen oder für möglich gehalten werden, soweit entsprechende Gefährdungen konkret vorgebracht werden)?

Das BAMF hat seine Entscheidungshilfen zur Bewertung der Lage in den Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung der vom BVerfG im Beschluss vom 7. Oktober 2019, 2 BvR 721/19, aufgegriffenen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs angepasst.

Alle Entscheidungen des BAMF im Dublin-Verfahren enthalten eine umfassende Darlegung und Würdigung der Situation im Mitgliedstaat.

Das BVerfG führt in seinem Beschluss vom 7. Oktober 2019, 2 BvR 721/19 unter Verweis auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 19. März 2019 in der Sache C-163/17 – „Jawo“ aus, dass „das Gericht, das die Überstellung eines Asylantragstellers nach der Dublin III-VO zu überprüfen hat, nicht nur in den Blick zu nehmen hat, ob ihm im Abschiebungszielstaat während des laufenden Asylverfahrens eine Art. 4 GR-Charta widersprechende Behandlung droht, sondern auch, wie sich seine Situation nach Zuerkennung des internationalen Schutzstatus im zuständigen Mitgliedstaat darstellen wird.“ (BVerfG, a. a. O., Rn. 22). Das BAMF setzt diese Vorgaben um. Macht ein Antragsteller konkrete Angaben, dass ihm nach Zuerkennung internationalen Schutzes in dem zuständigen Mitgliedstaat eine Art. 4 EUGrdRCh widersprechende Behandlung drohe, wird dies bereits bei der Dublin-Entscheidung berücksichtigt. Besteht im Einzelfall diese Gefahr, erfolgt keine Überstellung in den Mitgliedstaat. Das Schutzersuchen wird vom BAMF inhaltlich geprüft.

Im Hinblick auf diese Einzelfallentscheidungen kann abstrakt nicht vorgegeben werden, bei welchen Mitgliedstaaten diese Gefahren gegebenenfalls ausgeschlossen oder für möglich gehalten werden.



18. Wie begründet die Bundesregierung ihre Auffassung, sie habe stets wahrheitsgemäß und umfassend auf parlamentarische Anfragen zu Charterüberstellungen nach Italien geantwortet (vgl. Antwort zu Frage 7 auf Bundestagsdrucksache 19/14079), wenn sie nach Auffassung der Fragestellenden zunächst den Eindruck zu erwecken versuchte, es gäbe keine Beschränkungen bei Charterüberstellungen nach Italien (vgl. Bundestagsdrucksache 19/8340, Antwort zu Frage 8), dann auf eine Beschwerde des ersten Parlamentarischen Geschäftsführers der Fraktion DIE LINKE., Jan Korte, vom 12. April 2019 erklärt wurde (vgl. Antwort des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat vom 17. Mai 2019), dass „aktuell (...) keine Sammelüberstellungen auf dem Luftweg nach Italien“ stattfinden würden und die letzte Sammelüberstellung am 22. November 2018 stattgefunden habe, während es zuletzt in der Antwort von Staatssekretär Dr. Helmut Teichmann vom 28. Oktober 2019 auf die Schriftliche Frage 37 der Abgeordneten Ulla Jelpke auf Bundestagsdrucksache 19/14661 hieß, Italien lasse „(Klein-)Charterflüge“ für bis zu fünf Personen pro Flug zu und auf diese Weise seien im Jahr 2019 bis Ende September 2019 54 Personen per Charter nach Italien abgeschoben worden?

Die Beantwortung der Frage 8 aus Bundestagsdrucksache 19/8340 und der Beschwerde des Abgeordneten Korte erfolgten wie in der Antwort zu Frage 7 der Bundestagsdrucksache 19/14079 dargestellt. Bei den in der Antwort auf die schriftliche Frage Frau Jelpkes mit der Arbeitsnummer 10/259 als „(Klein-)Charterflüge“ bezeichneten Überstellungen handelt es sich um in Einvernehmen mit Italien durchgeführte sogenannte „private flights“. Dies sind Einzelmaßnahmen, die nicht mittels eines Linienflugzeugs, sondern aufgrund besonderer Bedürfnisse und Erwägungen mit einer Kleinmaschine durchgeführt werden. Die als Kleincharter bezeichneten „private flights“ entsprechen nicht dem allgemeinen Verständnis von Chartermaßnahmen als Möglichkeit, eine große Anzahl von Personen in einem Flugzeug zu überstellen. Vielmehr dienen sie dazu, den Besonderheiten einzelner Fallkonstellationen Rechnung zu tragen und sind ein zwischen Mitgliedstaaten gängiges Mittel von Einzelmaßnahmen mit besonderen Rahmenbedingungen.

- a) Wie genau verlaufen „(Klein-)Charterflüge“ nach Italien (mit welchem Transportmittel, welcher Fluggesellschaft, von welchem Flughafen aus, mit wie viel Begleitpersonal usw.), und mit welchen Kosten sind diese Flüge jeweils verbunden (bitte mit Datum, Zahl der Überstellten, Zahl des Begleitpersonals – bitte differenzieren: Bundespolizei, ärztliches Personal, Flugpersonal, sonstiges Personal –, Einsatz von polizeilichen Mitteln körperlicher Gewalt, Kosten usw. auflisten, seitdem diese „[Klein-]Charterflüge“ stattfinden)?

Die Bundesregierung verweist zur Beantwortung der Frage auf die angeführte Tabelle. Eine valide statistische Erfassung im Sinne der Fragestellung erfolgte durch die Bundespolizei erst ab dem Kalenderjahr 2015. Die Tabelle erfasst Charterflüge bzw. „private flights“ im Zeitraum vom 21. Mai 2015 bis zum 10. Dezember 2019. Seit 2017 werden Charter mit bis zu vier Rückgeführten als Kleincharter bzw. „private flights“ und ab fünf Personen als Sammelabschiebung bezeichnet. Der Einsatz von polizeilichen Mitteln körperlicher Gewalt bezogen auf den einzelnen Flug wird statistisch nicht erfasst.

Datum	Sammel-/ Klein- charter	Von nach	Anzahl rückgef. Personen	Anzahl Begleit- kräfte Bund/Land	Arzt/ Sanitäter	Sonstige Dolmet- scher, Monitor, Offizielle	Fluggesell- schaft	Kosten Fluggerät
21.05.15	S	Stuttgart- Rom	5	14 B	1 A	0	Welcome Air	21.111
18.01.16	K	Frankfurt- Mailand	2	6 B	1 A	0	Eisele Flugdienst	18.200
07.02.17	K	Hannover- Mailand	1	4 B	0	0	Sky Taxi	17.590
07.02.17	K	Berlin- Turin	2	8 B	1 A	2 M	Sky Taxi	19.855
06.03.17	K	München- Bari	1	3 B	1 A, 1 S	0	Keine Informationen, Fluggerät durch Bayern gechartert	
24.10.17	S	Düsseldorf- Rom	14	44 B	1 A, 1 S	0	Travel Service	35.000
08.11.17	K	München- Mailand	1	5 B	1 A	0	Keine Informationen, Fluggerät durch Bayern gechartert	
11.12.17	S	Frankfurt- Rom	25	48 B	1 A, 1 S	1 D	Enter Air	35.000
11.01.18	S	München- Rom	12	48 B	1 A, 1 S	1 D	Germania	35.000
02.02.18	S	Frankfurt- Rom	22	62 B	1 A	0	Smart Wings	35.000
15.02.18	S	Berlin- Rom	14	32 B	2 A, 2 S	1 D	Germania	35.000
15.03.18	S	Düsseldorf- Rom	25	42 B	1 A	5 O	Enter Air	35.000
22.03.18	S	Hamburg- Rom	20	36 B	1 A	2 O	Danish Air Transport	35.000
11.04.18	S	Frankfurt- Rom	25	60 B	1 A	1 D, 1 O	Smart Wings	36.960
26.04.18	S	Berlin- Rom	18	45 B	1 A	1 D	Danish Air Transport	36.960
03.05.18	S	Leipzig- Rom	25	58 B	1 A, 1 S	1 D	Avanti Air	36.960
17.05.18	S	Hannover- Rom	22	39 B	1 A	1 D	Smart Wings	39.960
07.06.18	S	Frankfurt- Rom	25	55 B	1 A	0	Smart Wings	36.960
20.06.18	K	Frankfurt- Mailand	1	4 B	1 A	1 D	Keine Informationen, Fluggerät durch Bayern gechartert	
21.06.18	S	Leipzig- Rom	17	59 B	1 A, 2 S	1 D	Smart Wings	36.960
12.07.18	S	Düsseldorf- Rom	25	45 B	1 A	2 O	Smart Wings	36.960
26.07.18	K	München- Mailand	3	12 B	1 A	0	Keine Informationen, Fluggerät durch Bayern gechartert	
02.08.18	K	München- Rom	3	13 B	1 A, 1 S	0	Vizion Air operated by Sprint Air	23.756



Datum	Sammel-/ Klein- charter	Von nach	Anzahl rückgef. Personen	Anzahl Begleit- kräfte Bund/Land	Arzt/ Sanitäter	Sonstige Dolmet- scher, Monitor, Offizielle	Fluggesell- schaft	Kosten Fluggerät
20.09.18	S	Frankfurt- Rom	21	70 B	1 A, 1 S	1 D	Danish Air Transport	36.960
24.10.18	S	München- Rom	18	48 B	1 A, 1 S,	1 D, 14 O	Smart Wings	36.960
06.11.18	S	Berlin- Rom	13	49 B	2 A, 2 S	1 D, 2 O	Smart Wings	36.960
08.11.18	K	München- Mailand	2	11 B	1 A, 2 S	0	Keine Informationen, Fluggerät durch Bayern gechartert	
22.11.18	S	Hamburg- Rom	15	52 B	1 A	3 O	Danish Air Transport	36.960
14.12.18	K	Frankfurt- Mailand	1	3 B	1 A	0	Keine Informationen, Fluggerät durch Rheinland-Pfalz gechar- tert	
20.12.18	K	Frankfurt- Olbia	3	10 B	1 A	0	Air X	34.980
25.01.19	K	Stuttgart- Bari	2	7 B	1 A, 1 S	0	FAI rent-a- jet	30.782
14.02.19	K	Düsseldorf- Bari	3	10 B	1 A	0	Air X	36.679
07.03.19	K	München- Rom	1	3 B, 3 L	1 A, 1 S	0	Sky Taxi	23.756
12.03.19	K	Düsseldorf- Bari	3	13 B	1 A	0	Sky Taxi	34.577
26.03.19	K	Leipzig- Mailand	1	5 B	1 A	0	FAI rent-a- jet	21.525
29.04.19	K	Frankfurt- Turin	3	10 B	1 A	2 D	Air X	30.300
07.05.19	K	München- Turin	3	8 B, 4 L	1 A, 1 S	0	MHS Aviation	19.602
10.05.19	K	Frankfurt- Palermo	1	4 B	1 A	0	FAI rent-a- jet	27.075
13.05.19	K	München- Mailand	2	10 L	1 A, 1 S	0	Air X	39.975
23.05.19	S	Frankfurt- Catania	6	10 B	1 A, 1 S	1 D	Keine Informationen, Fluggerät durch Rheinland-Pfalz gechartert	
07.06.19	K	München- Rom	3	13 B	1 A, 1 S	0	MHS Aviation	25.875
11.06.19	K	Düsseldorf- Bologna	1	6 B	1 A	0	MHS Avia- tion	24.875
02.07.19	S	Düsseldorf- Bari	5	22 B	1 A	0	Global Reach Aviation	37.065
03.07.19	K	München- Palermo	1	4 B	1 A, 1 S	0	Air X	20.175
04.07.19	K	Stuttgart- Rom	2	10 B	1 A	0	FAI rent-a- jet	24.175

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Datum	Sammel-/ Klein- charter	Von nach	Anzahl rückgef. Personen	Anzahl Begleit- kräfte Bund/Land	Arzt/ Sanitäter	Sonstige Dolmet- scher, Monitor, Offizielle	Fluggesell- schaft	Kosten Fluggerät
24.07.19	K	Düsseldorf- Bari	5	20 B	1 A	0	Global Reach Aviation	38.575
29.07.19	K	Stuttgart- Verona	3	8 B	1 A	0	Air X	23.175
31.07.19	S	Frankfurt- Bari	3	13 B	1 A	0	Global Reach Aviation	40.065
01.08.19	S	Düsseldorf- Turin	4	22 B	1 A	0	MHS Aviation	24.875
02.08.19	K	Köln/Bonn- Bologna	3	9 B	1 A	0	Air X	31.475
03.09.19	K	München- Rom	1	5 B	1 A	0	Air X Charter	20.425
02.10.19	S	München- Venedig	2	7 B, 3 L	1 A	1 D	MHS Aviation	19.075
04.10.19	K	München- Bari	2	4 B, 3 L	1 A	1 D	FAI rent-a- jet	25.875
21.10.19	S	Berlin- Mailand	4	11 B, 5 L	1 A, 1 S,	1 D	Private Wings	25.975
05.11.19	S	Berlin- Bari	1	5 B	1 A	0	Global Reach Aviation	37.065
22.11.19	S	München- Bari	3	16 B	1 A	1 D	Air Nostrum	29.075
26.11.19	S	Berlin- Mailand	2	11 B	1 A, 2 S	1 D	Global Reach Aviation	30.065
02.12.19	K	Stuttgart- Mailand	4	13 B	1 A	0	MHS Aviation	18.275
10.12.19	S	Berlin- Turin	3	15 B	1 A, 1 S,	1 D	Sprintair by Vizionair	23.725

- b) Inwieweit hält die Bundesregierung die Kosten und den Aufwand für „(Klein-)Charterflüge“ nach Italien für gerechtfertigt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass eine Mehrheit dieser Flüge nach der o. g. Antwort auf die Schriftliche Frage 37 auf Bundestagsdrucksache 19/14661 nur eine oder zwei Personen betrafen und Italien als Erstaufnahmeland zugleich durch die Übernahme von aus Seenot geretteten Personen entlastet werden soll (bitte begründen)?

Die Bundesregierung wendet bei Überstellungen nach Italien geltendes Recht nach der Dublin III-VO an. Eine Überstellung nach Italien erfolgt nach Durchführung eines Zuständigkeitsbestimmungsverfahrens nach der Dublin III-VO, bei dem Italien der Übernahme einer Person zugestimmt hat. Dies steht nicht im Zusammenhang mit den freiwilligen Zuständigkeitsübernahmen für die Durchführung des Asylverfahrens nach Seenotrettungen im zentralen Mittelmeer.

- c) Wie wird die insgesamt gestiegene Zahl von Überstellungen nach Italien gerechtfertigt angesichts von Erklärungen der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und des Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer, das Dublin-System sei obsolet bzw. gescheitert und überfordere Länder wie Italien (siehe Vorbemerkung der Fragesteller)?

Die Bundesregierung ist dazu verpflichtet, das geltende Recht nach der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 (Dublin III-VO) anzuwenden.

Überstellungen nach Italien sind die rechtliche Folge der Durchführung eines Zuständigkeitsbestimmungsverfahrens nach der Dublin III-VO, bei dem Italien der Übernahme einer Person zugestimmt hat.

19. Wie sind die bekannt gewordenen Pläne des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat zur Reform des EU-Asylsystems (vgl. „Die Welt“ und dpa vom 17. November 2019), eine verpflichtende Vorprüfung von Asylgesuchen bereits an den Außengrenzen der EU vorzunehmen, bevor eine Einreise in die EU erlaubt wird (gegebenenfalls mit Hilfe „freiheitseinschränkender Maßnahmen“), damit vereinbar, dass Bundesinnenminister Horst Seehofer noch vor Kurzem erklärte, ein rechtsstaatliches Asylverfahren sei in der Kürze der Zeit gar nicht möglich (epd, 23. September 2019), weshalb er eine Vorprüfung vor einer Umverteilung von aus Seenot Geretteten in andere Mitgliedstaaten ablehnte, und damit, dass er im Innenausschuss des Bundestages am 27. September 2019 erklärte, dass auch an den EU-Außengrenzen Mindeststandards und rechtsstaatliche Verfahren eingehalten werden müssten, was nach Ansicht der Fragestellenden nicht der Fall ist, wenn Schutzsuchende für eine Vorprüfung grundsätzlich in Haft genommen werden sollen (bitte nachvollziehbar begründen)?

Die Bundesregierung verweist auf ihre Antwort auf Schriftliche Fragen der Abgeordneten Katrin Göring-Eckardt auf Bundestagsdrucksache 19/15583, Nr. 30 vom 29. November 2019.

20. Wie viele Übernahmeersuchen, Zustimmungen bzw. Überstellungen (bitte differenzieren) im Rahmen des Dublin-Systems gab es im dritten Quartal 2019 bzw. im bisherigen Jahr 2019 zum letzten verfügbaren Stand durch bzw. an Deutschland (bitte auch nach Ländern differenzieren und die jeweiligen Überstellungsquoten nennen und bitte in gesonderten Tabellen für das bisherige Jahr 2019 bzw. für das Jahr 2018 nach Gründen bzw. Rechtsgrundlage der Dublin-Verordnung differenziert darstellen, wie über Ersuchen anderer Mitgliedstaaten durch das BAMF entschieden wurde)?

Jan – Dez 2019	Übernahmeersuchen an die Mitgliedstaaten			Übernahmeersuchen von Mitgliedstaaten		
	Übernahmeersuchen	Zustimmungen	erfolgte Überstellungen	Übernahmeersuchen	Zustimmungen	erfolgte Überstellungen
Gesamt	48.847	29.794	8.423	23.717	14.639	6.087

Die Angaben für das dritte Quartal 2019 und von Januar bis November 2019 nach Ländern differenziert können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden: Etwaige Überstellungsquoten ergeben sich aus dem Verhältnis der jeweils erfolgten Überstellungen zu den jeweiligen Zustimmungen:

3. Quartal 2019	Übernahmeersuchen an die Mitgliedstaaten			Übernahmeersuchen von Mitgliedstaaten		
	Übernahmeersuchen	Zustimmungen	erfolgte Überstellungen	Übernahmeersuchen	Zustimmungen	erfolgte Überstellungen
Österreich	380	221	113	208	151	95
Belgien	193	124	78	485	295	61
Bulgarien	237	43	5	17	5	3
Schweiz	311	188	92	231	190	114
Zypern	16	6	1	20	1	
Tschechische Republik	157	101	54	20	10	7
Dänemark	150	79	48	69	58	28
Estland	22	14	2			
Griechenland	3.177	288	4	276	125	145
Spanien	642	281	181	8	5	4
Finnland	107	61	27	29	21	7
Frankreich	1.239	817	362	3.405	1.852	417
Kroatien	160	114	7	7		
Ungarn	8	1		8	3	2
Irland			1	81	41	
Island				8	6	2
Italien	2.870	2.204	633	299	292	28
Liechtenstein				1	1	
Litauen	115	79	19	7	4	4
Luxemburg	20	6	5	30	24	15
Lettland	37	20	11	1	1	
Malta	83	47	5	20	7	
Niederlande	439	290	136	790	672	234
Norwegen	95	54	16	10	9	14
Polen	495	409	124	10	6	4
Portugal	200	167	53	22	20	4
Rumänien	137	90	22	6	4	
Schweden	561	447	157	109	94	65
Slowenien	91	53	19	13	3	1
Slowakische Republik	24	17	12			1
Vereinigtes Königreich	19	7	5	286	144	30
Gesamt	11.985	6.228	2.192	64.76	4.044	1.285

Jan – Nov 2019	Übernahmeersuchen an die Mitgliedstaaten			Übernahmeersuchen von Mitgliedstaaten		
	Übernahmeersuchen	Zustimmungen	erfolgte Überstellungen	Übernahmeersuchen	Zustimmungen	erfolgte Überstellungen
Österreich	1.529	990	482	770	544	409
Belgien	759	538	269	1.773	984	262
Bulgarien	805	261	18	26	9	7
Schweiz	1.158	684	351	927	711	404
Zypern	45	16	1	42	5	2
Tschechische Republik	566	485	165	63	35	20
Dänemark	721	504	145	231	176	106
Estland	65	53	4			
Griechenland	9.232	542	17	1.505	541	711
Spanien	2.620	1.600	569	14	7	5
Finnland	467	349	144	68	57	30
Frankreich	4.610	3.490	1.095	10.503	5.915	1.833
Kroatien	484	335	28	37	5	6
Ungarn	30	12		32	14	10
Irland	5	5	4	206	129	1
Island	13	6		32	19	9
Italien	13.470	10.816	2.378	1.164	990	201
Liechtenstein				5	4	3
Litauen	445	413	69	23	4	9
Luxemburg	83	39	11	177	144	96
Lettland	219	152	53	1	1	
Malta	256	147	15	61	21	1
Niederlande	1.764	1.226	547	2.959	2.545	1.009
Norwegen	319	196	77	55	46	49
Polen	1.832	1.575	494	55	30	29
Portugal	697	597	185	83	65	14
Rumänien	520	371	74	15	9	4
Schweden	2.456	1.906	548	407	316	236
Slowenien	331	256	82	64	21	11
Slowakische Republik	111	137	39	3	3	3
Vereinigtes Königreich	104	39	22	714	371	106
Gesamt	45.716	27.740	7.886	22.015	13.721	5.586

	Jan – Nov 2019	Jahr 2018
Ablehnungen durch das Bundesamt an die Mitgliedstaaten gesamt	8.834	9.298
davon:		
nach Artikel 3 Absatz 2 Dublin III	9	15
nach Artikel 8 Absatz 1 Dublin III	125	196
nach Artikel 8 Absatz 2 Dublin III	51	42
nach Artikel 8 Absatz 3 Dublin III	3	3
nach Artikel 8 Absatz 4 Dublin III	43	51
nach Artikel 9 Dublin III	190	409
nach Artikel 10 Dublin III	239	269
nach Artikel 11 a) Dublin III	81	63
nach Artikel 11 b) Dublin III	30	39
nach Artikel 12 Absatz 1 Dublin III	5	

nach Artikel 12 Absatz 2 Dublin III	19	15
nach Artikel 12 Absatz 3 Dublin III	5	3
nach Artikel 12 Absatz 4 Dublin III	119	67
nach Artikel 13 Absatz 1 Dublin III	18	10
nach Artikel 13 Absatz 2 Dublin III	18	11
nach Artikel 14 Absatz 1 Dublin III	5	2
nach Artikel 14 Absatz 2 Dublin III	3	2
nach Artikel 16 Absatz 1 Dublin III	33	46
nach Artikel 16 Absatz 2 Dublin III	5	4
nach Artikel 17 Absatz 1 Dublin III		2
nach Artikel 17 Absatz 2 Dublin III	520	453
nach Artikel 18 Absatz 1 a) Dublin III	2	8
nach Artikel 18 Absatz 1 b) Dublin III	188	485
nach Artikel 18 Absatz 1 c) Dublin III	6	17
nach Artikel 18 Absatz 1 d) Dublin III	193	674
nach Artikel 18 Absatz 2 Dublin III	6	1
nach Artikel 19 Absatz 1 Dublin III	6	15
nach Artikel 19 Absatz 2 Dublin III	977	784
nach Artikel 19 Absatz 3 Dublin III	682	562
nach Artikel 20 Absatz 3 Dublin III	4	4
nach Artikel 22 Absatz 7 Dublin III		7
Kein Dublinfall (i.d.R., weil int. Schutz in MS)	634	571
Verweis auf Zuständigkeit eines anderen MS	4.338	4.163
Sonstige	277	305

Zustimmungen durch das Bundesamt an die Mitgliedstaaten gesamt	13.721	16.087
davon:		
nach Artikel 3 Absatz 2 Dublin III		1
nach Artikel 8 Absatz 1 Dublin III	135	241
nach Artikel 8 Absatz 2 Dublin III	31	35
nach Artikel 8 Absatz 3 Dublin III		3
Nach Artikel 8 Absatz 4 Dublin III	1	8
nach Artikel 9 Dublin III	188	561
nach Artikel 10 Dublin III	110	103
nach Artikel 11 a) Dublin III	18	20
nach Artikel 11 b) Dublin III	4	5
nach Artikel 12 Absatz 1 Dublin III	28	32
nach Artikel 12 Absatz 2 Dublin III	440	279
nach Artikel 12 Absatz 3 Dublin III	18	11
nach Artikel 12 Absatz 4 Dublin III	717	630
nach Artikel 13 Absatz 1 Dublin III	6	12
nach Artikel 13 Absatz 2 Dublin III	4	6
nach Artikel 14 Absatz 1 Dublin III	76	26
nach Artikel 14 Absatz 2 Dublin III		1
nach Artikel 16 Absatz 1 Dublin III	12	26
nach Artikel 16 Absatz 2 Dublin III	3	3

Zustimmungen durch das Bundesamt an die Mitgliedstaaten gesamt	13.721	16.087
davon:	2	4
nach Artikel 17 Absatz 2 Dublin III	59	26
nach Artikel 18 Absatz 1 a) Dublin III	50	72
nach Artikel 18 Absatz 1 b) Dublin III	1.162	1.536
nach Artikel 18 Absatz 1 c) Dublin III	367	676
nach Artikel 18 Absatz 1 d) Dublin III	10.174	11.454
nach Artikel 18 Absatz 2 Dublin III	5	18
nach Artikel 19 Absatz 1 Dublin III		1
Zustimmungen durch das Bundesamt an die Mitgliedstaaten gesamt		
davon:		
nach Artikel 19 Absatz 2 Dublin III	9	7
nach Artikel 19 Absatz 3 Dublin III	1	3
nach Artikel 20 Absatz 5 Dublin III	9	7
nach Artikel 22 Absatz 7 Dublin III	33	63
nach Artikel 25 Absatz 2 Dublin III	55	201
nach Artikel 28 Absatz 3 Dublin III	4	16

21. Wie viele Zustimmungen zur Übernahme von Geflüchteten basierten im bisherigen Jahr 2019 bzw. im Jahr 2018 auf Zustimmungen durch Fristablauf nach Artikel 22 Absatz 7 bzw. Artikel 25 Absatz 2 Dublin-VO (bitte jeweils in absoluten und relativen Zahlen – im Verhältnis zu allen Zustimmungen – angeben und nach beiden Rechtsgrundlagen differenzieren; bitte zudem die Zahl und den Anteil solcher Zustimmungen durch Fristablauf an allen Zustimmungen differenziert nach Mitgliedstaaten angeben, und zwar sowohl was Übernahmeersuchen Deutschlands als auch Übernahmeersuchen an Deutschland anbelangt)?

Die Angaben für das 3.Quartal 2019 und von Januar bis November 2019 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Jan – Nov 2019	Zustimmungen der Mitgliedstaaten			Zustimmungen Deutschlands		
	Alle Zustimmung- gen	darunter Artikel 22 Absatz 7 Dublin III	darunter Artikel 25 Absatz 2 Dublin III	Alle Zustimmung- gen	darunter Artikel 22 Absatz 7 Dublin III	darunter Artikel 25 Absatz 2 Dublin III
Österreich	990		1	544	1	
Belgien	538		2	984	1	8
Bulgarien	261		2	9	1	
Schweiz	684		5	711		5
Zypern	16		5	5		
Tschechische Republik	485	4	2	35		
Dänemark	504		2	176		
Estland	53					
Griechenland	542	8	7	541	21	2
Spanien	1.600	437	140	7		
Finnland	349	2	2	57		
Frankreich	3.490	72	82	5.915	5	18
Kroatien	335	3		5		
Ungarn	12		7	14		

Jan – Nov 2019	Zustimmungen der Mitgliedstaaten			Zustimmungen Deutschlands		
	Alle Zustimmungen	darunter Artikel 22 Absatz 7 Dublin III	darunter Artikel 25 Absatz 2 Dublin III	Alle Zustimmungen	darunter Artikel 22 Absatz 7 Dublin III	darunter Artikel 25 Absatz 2 Dublin III
Irland	5	1		129		
Island	6		1	19		3
Italien	10.816	1.777	3.776	990	1	8
Liechtenstein				4		
Litauen	413	7	3	4		
Luxemburg	39			144		
Lettland	152			1		
Malta	147			21		
Niederlande	1.226	18	29	2.545	3	8
Norwegen	196	1	1	46		
Polen	1.575	1	1	30		
Portugal	597	7	5	65		
Rumänien	371		3	9		
Schweden	1.906	1	6	316		1
Slowenien	256		1	21		
Slowakische Republik	137			3		
Vereinigtes Königreich	39	1	5	371		2
Gesamt	27.740	2.340	4.088	13.721	33	55

Jahr 2018	Zustimmungen der Mitgliedstaaten			Zustimmungen Deutschlands		
	Alle Zustimmungen	darunter Artikel 22 Absatz 7 Dublin III	darunter Artikel 25 Absatz 2 Dublin III	Alle Zustimmungen	darunter Artikel 22 Absatz 7 Dublin III	darunter Artikel 25 Absatz 2 Dublin III
Österreich	1.289	4	3	971	3	19
Belgien	665	2	2	1.117		12
Bulgarien	420	2	18	31		1
Schweiz	1.147		15	1.029	2	21
Zypern	24	3	4	2		
Tschechische Republik	489	1	2	58		
Dänemark	883		3	243		2
Estland	75					
Griechenland	183	5	11	986	40	
Spanien	2.558	281	144	2		
Finnland	665		2	53		
Frankreich	3.154	52	77	5.581	9	48
Kroatien	325		2	5		
Ungarn	178		135	29		
Irland	4			58		1
Island	13			33	1	8
Italien	16.116	5.096	8.777	1.854	4	40
Liechtenstein	1			19		1
Litauen	597	194	16	14		
Luxemburg	39			275		1
Lettland	198					



Malta	159	6	7	13		1
Niederlande	1.438	7	15	2.743	1	34
Norwegen	545		4	69	1	1
Polen	1.879	4		54		
Portugal	468	9		27		
Rumänien	766		3	16		3
Schweden	2.853		23	327	1	
Slowenien	362	5	2	14		
Slowakische Republik	180		1	4		
Vereinigtes Königreich	65		4	460	1	8
Gesamt	37.738	5.671	9.270	16.087	63	201

22. Was genau meinte der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer, als er erklärte: „Die meisten Staaten in Europa beantworten nicht einmal die Schreiben, die sie bekommen – die wir aber nach der Dublin-Verordnung den Erststaaten schreiben müssen“ (Die Welt vom 29. Oktober 2019: „Seehofers ‚neue Philosophie‘ im Kampf um geordnete Migration“), vor dem Hintergrund der Bestimmungen der Dublin-Verordnung (Artikel 22 Absatz 7 bzw. Artikel 25 Absatz 2 Dublin-VO), nach denen ein Mitgliedstaat, der auf ein (Wieder-)Aufnahmeersuchen innerhalb einer gewissen Frist nicht antwortet, für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig wird?

Welche Mitgliedstaaten sind es genau, denen die Bundesregierung welches Fehlverhalten im Rahmen der Dublin-Verordnung vorwirft (bitte auflisten)?

Die Dublin-III Verordnung und die Durchführungsverordnung sehen Fristen für verschiedene Verfahrensabschnitte vor, aber nicht jedes Verstreichenlassen einer Antwortfrist durch den ersuchten Mitgliedstaat führt zur Verpflichtung des ersuchten Mitgliedstaates die Person aufzunehmen.

Insbesondere Informationsersuchen für die Übermittlung von Auskünften zur Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaates sollen innerhalb von fünf Wochen durch den ersuchten Mitgliedstaat beantwortet werden.

Eine Nichteinhaltung der Frist entbindet den ersuchten Mitgliedstaat nicht von einer Pflicht zu antworten, führt aber auch nicht zu einem Zuständigkeitsübergang auf den ersuchten Mitgliedstaat das Asylverfahren zu prüfen und zu der Verpflichtung die Person aufzunehmen.

23. Wie viele Überstellungen im Rahmen des Dublin-Systems gab es im dritten Quartal 2019 bzw. im bisherigen Jahr 2019 zum letzten verfügbaren Stand, differenziert nach Bundesländern (anknüpfend an die Aufenthaltsorte der Asylsuchenden bzw. die Zuständigkeit für die Durchführung der Überstellungen), und welche Angaben können dazu gemacht werden, wie viele Zustimmungen zur Übernahme dem gegenüberstanden, nach Bundesländern differenziert (bitte ausführen)?

Die Angaben für das 3.Quartal 2019 und von Januar bis November 2019 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Übernahmeersuchen an die Mitgliedstaaten		
3. Quartal 2019	Zustimmungen	Überstellungen
gesamt	6.228	2.192
davon		
Baden-Württemberg	738	186
Bayern	898	394
Berlin	290	40
Brandenburg	251	46
Bremen	53	12
Hamburg	123	50
Hessen	410	181
Mecklenburg-Vorpommern	108	20
Niedersachsen	492	115
Nordrhein-Westfalen	1.301	592
Rheinland-Pfalz	330	158
Saarland	35	29
Sachsen	309	94
Sachsen-Anhalt	213	101
Schleswig-Holstein	331	44
Thüringen	146	65
unbekannt	200	65

Übernahmeersuchen an die Mitgliedstaaten		
Jan – Nov 2019	Zustimmungen	Überstellungen
gesamt	27.740	7.886
davon		
Baden-Württemberg	3.422	674
Bayern	4.278	1.305
Berlin	1.179	205
Brandenburg	960	158
Bremen	255	40
Hamburg	544	151
Hessen	1.850	711
Mecklenburg-Vorpommern	504	126
Niedersachsen	1.952	404
Nordrhein-Westfalen	5.792	2.172
Rheinland-Pfalz	1.675	631
Saarland	175	83
Sachsen	1.429	255
Sachsen-Anhalt	853	279
Schleswig-Holstein	1.480	171
Thüringen	639	239
unbekannt	753	282

24. Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die statistischen Daten zu Gerichtsentscheidungen in Dublin-Verfahren für das bisherige Jahr 2019 (bitte nach Zielstaaten differenziert angeben)?

Wie werden in dieser Statistik Fälle erfasst, in denen Fristen zur Überstellung nach der Dublin-Verordnung abgelaufen sind oder das Verfahren durch einen Selbsteintritt Deutschlands erledigt wurde (als „abgelehnt“ oder „stattgegeben“)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen im Dublin-Verfahren			
01.01. – 31.10.2019 (Stand 15.12.2019)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamt
Belgien	227	27	254
Bulgarien	128	83	211
Dänemark	220	54	274
Estland	20	3	23
Finnland	128	24	152
Frankreich	1.239	159	1.398
Griechenland	119	90	209
Irland	1		1
Island	2	2	4
Italien	4.768	1.594	6.362
Kroatien	133	14	147
Lettland	89	16	105
Litauen	162	21	183
Luxemburg	4	1	5
Malta	60	14	74
Niederlande	420	79	499
Norwegen	111	16	127
Österreich	394	24	418
Polen	725	99	824
Portugal	238	23	261
Rumänien	270	71	341
Schweden	567	111	678
Schweiz	285	25	310
Slowakische Republik	84	17	101
Slowenien	116	20	136
Spanien	829	136	965
Tschechische Republik	252	36	288
Ungarn	18	7	25
Vereinigtes Königreich	14	1	15
Zypern	13	4	17

Die Entscheidung bei Eilverfahren erfolgt durch Ablehnung oder Stattgabe des Eilantrages bei Gericht.

Eine weitere statistische Differenzierung seitens des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge erfolgt nicht. Zudem handelt es sich bei der vom BAMF veröffentlichten Gerichtsstatistik nicht um die amtliche Gerichtsstatistik. Diese wird vom Statistischen Bundesamt erstellt. Aufgrund der unterschiedlichen Zählweisen sind diese Statistiken nicht vergleichbar. Die Auswertungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge sind rein personenbasiert und werden aus dem bundesamtseigenen System MARiS generiert.

25. In wie vielen Fällen wurde im dritten Quartal 2019 bzw. im bisherigen Jahr 2019 zum letzten verfügbaren Stand bei Asylsuchenden festgestellt, dass Griechenland nach der Dublin-Verordnung zuständig ist (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenziert angeben)?

Wie viele schriftliche einzelfallbezogene Zusicherungen der griechischen Behörden in Bezug auf eine Aufnahme und ein Asylverfahren nach dem EU-Recht wurden 2019 bislang für wie viele Personen ausgesprochen?

Welche aktuellen Erkenntnisse hat das BAMF über den Verbleib, die Unterbringung und das weitere Asylverfahren der nach Griechenland bislang Zurücküberstellten (bitte ausführen)?

Die nachfolgende Tabelle für das 3.Quartal 2019 und von Januar bis November 2019 enthält die Anzahl der Fälle in denen Griechenland nach der Dublin III-VO zuständig ist und ein Übernahmeersuchen an Griechenland gerichtet wurde.

Übernahmeersuchen an Griechenland 3. Quartal 2019	
Herkunftsländer gesamt:	3.177
darunter:	
Türkei	986
Afghanistan	550
Syrien, Arabische Republik	532
Irak	504
Iran, Islamische Republik	217
Ungeklärt	85
Armenien	50

Übernahmeersuchen an Griechenland 3. Quartal 2019	
Herkunftsländer gesamt:	
darunter:	
Pakistan	40
Kamerun	29
Albanien	22

Übernahmeersuchen an Griechenland Jan – Nov 2019	
Herkunftsländer gesamt:	9.232
darunter:	
Türkei	2.808
Syrien, Arabische Republik	1.909
Irak	1.482
Afghanistan	1.379
Iran, Islamische Republik	619
Ungeklärt	192
Armenien	125
Pakistan	121
Kamerun	82
Somalia	66

Hinzu kommen Verfahren, in denen Griechenland zuständig wäre, das BAMF jedoch das Selbsteintrittsrecht ausgeübt hat.

Feststellung der Zuständigkeit Griechenlands	
3. Quartal 2019	
Herkunftsländer gesamt	268
darunter:	
Afghanistan	92
Türkei	87
Syrien, Arabische Republik	36
Irak	27
Iran, Islamische Republik	6
Simbabwe	6
Ungeklärt	4
Guinea	3
Russische Föderation	3
Kamerun	2

Feststellung der Zuständigkeit Griechenlands	
Jan – Nov 2019	
Herkunftsländer gesamt	864
darunter:	
Türkei	235
Afghanistan	219
Syrien, Arabische Republik	195
Irak	102
Iran, Islamische Republik	61
Armenien	18
Simbabwe	9
Guinea	3
Jemen	3
Russische Föderation	3

Grundsätzlich erfolgt eine entsprechende Zusicherung mit der Zustimmung. Im Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis 30. November 2019 erhielt das BAMF für 539 Personen Zustimmungen i. S. d. Fragestellung.

Das BAMF wurde von Griechenland darüber in Kenntnis gesetzt, dass für die 17 nach Griechenland überstellten Personen (Zeitraum 01.01. – 30.11.2019) elf Anhörungstermine anberaumt wurden. Es erfolgten drei Ablehnungen der Asylanträge und eine Einstellung des Verfahrens. In zwei Fällen wurde der Flüchtlingsstatus zuerkannt. Befristete Aufenthaltstitel wurden für alle überstellten Personen ausgestellt. Zwei Personen sind im „Camp Eleonas“ verblieben, neun Personen sind im „Camp Shisto“ in Athen untergebracht. Fünf Personen bezogen private Wohnungen. Ein Antragsteller kehrte im Rahmen eines freiwilligen Rückkehrprogramms in sein Herkunftsland zurück.

26. Wie ist die Dauer von Dublin-Verfahren im dritten Quartal 2019 bzw. im bisherigen Jahr 2019 zum letzten verfügbaren Stand, und wie lange war die Verfahrensdauer in Fällen, in denen nach der Feststellung, dass ein anderer EU-Staat für die Asylprüfung zuständig sei, dann doch ein Prüfverfahren in nationaler Zuständigkeit durchgeführt wurde, um wie viele Fälle handelt es sich hierbei, und wie ist der inhaltliche Ausgang der Prüfverfahren in diesen Fällen (bitte jeweils nach den wichtigsten Herkunftsländern differenziert darstellen)?

Die Angaben für das 3. Quartal und von Januar bis November 2019 können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. In der angegebenen Zeitdauer sind Bearbeitungszeiten enthalten, auf die das BAMF keinen Einfluss hat

(Überstellungsvorbereitungen durch die Ausländerbehörden, Verfahrensdauer bei Verwaltungsgerichten.

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Dublin-Verfahren in Monaten	
3. Quartal 2019	1,6
Jan – Nov 2019	1,5

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer seit Asylantragstellung bei Übergang ins nationale Verfahren nach gescheitertem Dublin-Verfahren		
	Dauer in Monaten	Anzahl Entscheidungen
3. Quartal 2019	18,1	2.879
darunter:		
Nigeria	17,4	497
Irak	18,5	283
Afghanistan	15,7	225
Iran, Islamische Republik	16,6	190
Syrien, Arabische Republik	17,7	179

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer seit Asylantragstellung bei Übergang ins nationale Verfahren nach gescheitertem Dublin-Verfahren in Monaten		
	Dauer in Monaten	Anzahl Entscheidungen
Jan-Nov 2019	16,9	12.492
darunter:		
Nigeria	16,3	2.123
Irak	16,4	1.188
Afghanistan	16,3	1.051
Iran, Islamische Republik	15,6	908
Syrien, Arabische Republik	15,1	661

3. Quartal 2019	Anerkennung	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnung	sonst. Verfahrenserledigungen	Entscheidungen gesamt
Gesamt:	3	171	258	145	1.571	731	2.879
darunter:							
Nigeria	0	5	4	6	321	161	497
Irak	0	13	0	13	160	97	283

3. Quartal 2019	Anerkennung	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnung	sonst. Verfahrenserledigungen	Entscheidungen gesamt
Gesamt:	3	171	258	145	1.571	731	2.879
darunter:							
Afghanistan	0	11	0	76	39	99	225
Iran, Islamische Republik	1	43	4	1	128	13	190
Syrien, Arabische Republik	0	5	155	5	0	14	179
Russische Föderation	0	9	3	1	121	29	163
Somalia	1	22	6	7	58	35	129
Gambia	0	0	0	2	63	47	112
Guinea	0	6	0	1	79	24	110
Eritrea	0	5	39	16	22	15	97

Jan – Nov 2019	Anerkennung	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnung	sonst. Verfahrenserledigungen	Entscheidungen gesamt
gesamt:	28	940	919	747	7.097	2.761	12.492
darunter:							
Nigeria	0	47	9	59	1.547	461	2.123
Irak	0	39	21	89	681	358	1.188

Jan – Nov 2019	Anerkennung	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnung	sonst. Verfahrenserledigungen	Entscheidungen gesamt
gesamt:	28	940	919	747	7.097	2.761	12.492
darunter:							
Afghanistan	0	78	15	317	252	389	1.051
Iran, Islamische Republik	8	224	10	5	567	94	908
Syrien, Arabische Republik	0	16	495	40	0	110	661
Russische Föderation	1	25	10	3	441	144	624
Somalia	3	112	16	57	196	188	572
Eritrea	0	12	214	90	103	58	477
Guinea	1	24	4	6	357	71	463
Türkei	10	232	0	3	169	24	438

Eine Auswertung nach dem Mitgliedstaat ist statistisch nicht möglich.

27. Wie viele Übernahmeersuchen der griechischen Behörden an Deutschland im Rahmen der Familienzusammenführungsregelungen nach der Dublin-Verordnung gab es im dritten Quartal 2019 bzw. im bisherigen Jahr 2019 zum letzten verfügbaren Stand?

Wie vielen Ersuchen wurde stattgegeben, bzw. wie viele wurden mit welchen Gründen abgelehnt, und wie viele Überstellungen von Griechenland nach Deutschland gab es in diesem Zeitraum (bitte tabellarisch wie in der Antwort zu Frage 14 auf Bundestagsdrucksache 19/14079 darstellen)?

Die Angaben zum 3. Quartal und von Januar bis November 2019 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Ersuchen von Griechenland	3.Quartal 2019	Jan – Nov 2019
gesamt:	276	1.505
davon familiäre Gründe:		
Art. 8 Abs. 1 Dublin III	38	208
Art. 8 Abs. 2 Dublin III	4	16
Art. 9 Dublin III	39	288
Art. 10 Dublin III	30	324



Ersuchen von Griechenland	3.Quartal 2019	Jan – Nov 2019
gesamt:	276	1.505
davon familiäre Gründe:		
Art. 11 Dublin III		1
Art. 16 Abs. 1 Dublin III	5	26
Art. 16 Abs. 2 Dublin III	2	2
Art. 17 Abs. 2 Unterabs. 1 Dublin III	107	421

Zustimmungen des BAMF an Griechenland	3. Quartal 2019	Jan – Nov 2019
gesamt	125	541
davon familiäre Gründe:		
Art. 8 I Dublin III	16	111
Art. 8 II Dublin III	4	25
Art. 8 IV Dublin III	1	1
Art. 9 Dublin III	33	178
Art. 10 Dublin III	34	99
Art. 11 a) Dublin III		1
Art. 16 I Dublin III	1	12
Art. 16 II Dublin III		3
Art. 17 I Dublin III		2
Art. 17 II Dublin III	24	52

Ablehnungen des BAMF an Griechenland	3. Quartal 2019	Jan – Nov 2019
gesamt	280	1.265
davon familiäre Gründe:		
Art. 8 I Dublin III	25	95
Art. 8 II Dublin III	13	42
Art. 8 III Dublin III		1
Art. 9 Dublin III	31	171
Art. 10 Dublin III	51	205
Art. 11 a) Dublin III		2
Art. 16 I Dublin III	6	26
Art. 17 II Dublin III	111	477

Erfolgte Überstellungen aus Griechenland an Deutschland	3. Quartal 2019	Jan – Nov 2019
gesamt	145	711
davon aus familiären Gründen:		
Art. 8 I Dublin III	37	157
Art. 8 II Dublin III	14	38
Art. 8 IV Dublin III		6
Art. 9 Dublin III	57	320
Art. 10 Dublin III	24	107
Art. 11 a) Dublin III		1
Art. 16 I Dublin III	2	17
Art. 16 II Dublin III		5
Art. 17 I Dublin III		2
Art. 17 II Dublin III	2	23

28. Wie begründet die Bundesregierung ihre Auffassung, der Anstieg des Anteils von Ablehnungen an allen Entscheidungen des BAMF bei Ersuchen griechischer Behörden von 19 Prozent im Jahr 2017 auf 83 Prozent im zweiten Quartal 2019 (vgl. Bundestagsdrucksache 19/14079, Antwort zu Frage 14) könne damit erklärt werden, dass es sich um „individuelle Prüfungen des Einzelfalls“ handle (so ihre unveränderte Antwort auf eine entsprechende Nachfrage auf Bundestagsdrucksache 19/10737, Antwort zu Frage 11, die aber nach Auffassung der Fragestellenden nicht erklärt, wieso es zu einem deutlichen Anstieg der Ablehnungsquote kommt, wenn Einzelfälle geprüft werden, die vergleichbar gelagert sind, weil in all diesen Fällen die griechischen Behörden zuvor eine Prüfung der Einzelfälle vorgenommen und auf dieser Grundlage entsprechende Ersuchen gestellt haben; bitte nachvollziehbar begründen)?

Vor der klarstellenden Rechtsprechung des EuGH vom 13. November 2018 (C-47/17 und C-48/17) remonstrierte Griechenland nach erfolgter Ablehnung aufgrund fehlender notwendiger Unterlagen mehrmals und fügte sukzessive die erforderlichen Nachweise bei, so dass auch nach Fristende eine Zustimmung Deutschlands erteilt werden konnte. Der EuGH-Rechtsprechung folgend ergibt sich diese Möglichkeit nicht mehr, so dass von Seiten Deutschlands im Falle fehlender entscheidungsrelevanter Nachweise nach Ablauf der in Art. 5 Abs. 2 Durchführungsverordnung festgelegten Remonstrationsfrist nach Praxis des BAMF eine endgültige Ablehnung zu erfolgen hat.

29. Wie viele Remonstrationsen (Wiedervorlagen) durch Griechenland nach einer Ablehnung durch das BAMF mit welchem Ergebnis gab es im bisherigen Jahr 2019 in Bezug auf Überstellungen nach Deutschland, insbesondere im Rahmen der Familienzusammenführung nach der Dublin-Verordnung (bitte nach Monaten auflisten)?

Die Angaben für das 3. Quartal 2019 und von Januar bis November 2019 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Remonstrationsen von Griechenland	
Jan – Nov 2019	715
davon:	
Jan 19	87
Feb 19	94
Mrz 19	116
Apr 19	63
Mai 19	66
Jun 19	55
Jul 19	59
Aug 19	27
Sep 19	26

Remonstrationsen von Griechenland	
Jan-Nov 2019	
gesamt	715
davon familiäre Gründe:	
Art. 8 Abs. 1 Dublin III	41
Art. 8 Abs. 2 Dublin III	5
Art. 8 Abs. 4 Dublin III	1
Art. 9 Dublin III	45
Art. 10 Dublin III	473

Remonstrationen von Griechenland	
Jan-Nov 2019	
gesamt	715
davon familiäre Gründe:	
Art. 16 Abs. 1 Dublin III	4
Art. 16 Abs. 2 Dublin III	1
Art. 17 Abs. 2 Unterabs. 1 Dublin III	142

Antworten des Bundesamtes auf Remonstrationen von Griechenland		
Jan – Nov 2019	Ablehnungen	Zustimmungen
gesamt	441	283
darunter familiäre Antwortgründe:		
Art. 8 I Dublin III	53	69
Art. 8 II Dublin III	26	13
Art. 8 III Dublin III	1	
Art. 8 IV Dublin III		1
Art. 9 Dublin III	66	78
Art. 10 Dublin III	96	66
Art. 11 a) Dublin III		
Art. 16 I Dublin III	19	6
Art. 16 II Dublin III		3
Art. 17 II Dublin III	166	38

30. Welche Erkenntnisse hat das BAMF dazu, ob syrische Flüchtlinge in der Türkei (noch) wirksamen Schutz erhalten können und ob dies in der griechischen Prüfpraxis sorgsam und entsprechend der EU-Asylrechtsregeln geprüft wird (bitte ausführen – die entsprechende Frage 16 wurde auf Bundestagsdrucksache 19/14079 nach Auffassung der Fragestellenden nicht beantwortet, obwohl dort u. a. ein Gerichtsurteil benannt wurde, das in Zweifel zog, dass Griechenland die Vorgaben der EU-Verfahrensrichtlinie zu „sicheren Drittstaaten“ bei Flüchtlingen aus Syrien richtig anwende; vgl. auch Berichte über womöglich bereits tausende Abschiebungen aus der Türkei nach Syrien: [www.taz.de/Gastkommentar-Lage-in-Syrien/!5610028/](http://www.taz.de/Gastkommentar-Lage-in-Syrien/!5610028/); [www.tagesschau.de/ausland/tuerkei-fluechtlinge-125.html](http://www.tagesschau.de/ausland/tuerkei-fluechtlinge-125.html)) und aktuell: [www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-soll-zehntausende-migranten-illegal-in-die-tuerkei-abgeschoben-haben-a-1295964.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-soll-zehntausende-migranten-illegal-in-die-tuerkei-abgeschoben-haben-a-1295964.html))?

Syrische Flüchtlinge bekommen in der Türkei temporären Schutzstatus. Sie erhalten Ausweispapiere und Zugang zu medizinischer Grundversorgung in öffentlichen Gesundheitseinrichtungen am registrierten Aufenthaltsort. Rechtlich steht ihnen auch der Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt offen.

Nach Angaben der türkischen Regierung erfolgt die Rückkehr syrischer Staatsangehöriger nach Syrien ausschließlich gemäß UNHCR-Standard freiwillig, sicher und in Würde. Die Bundesregierung verfolgt Berichte über Rückführungen mit großer Aufmerksamkeit. Der Bundesregierung liegen keine eigenen Erkenntnisse über systematische Abschiebungen aus der Türkei nach Syrien vor.

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, dass in Griechenland nicht sorgsam geprüft und das Unionsrecht nicht sachgerecht angewendet würde.

Das BAMF berücksichtigt in jedem Antrags- und Klageverfahren die besonderen Umstände des Einzelfalles. Des Weiteren wertet es fortlaufend eine Vielzahl von Informationsquellen aus, welche Rückschlüsse auf die Situation in Griechenland und der Türkei zulassen.

31. Sind die Antworten zu den Fragen 17 und 18 auf Bundestagsdrucksache 19/14079 so zu verstehen, dass es im BAMF keine internen Regelungen zur Wahrnehmung von Ermessensspielräumen, die die Dublin-Verordnung bietet, etwa zum Selbsteintritt nach Artikel 17 Absatz 2 Dublin-VO, aber auch insgesamt zum Umgang mit humanitären Härtefällen und Sondersituationen bei Überstellungen bzw. im Dublin-Verfahren allgemein gibt und dies alles ohne interne Vorgaben „in jedem Einzelfall“ nach dem individuellen Ermessen der jeweiligen Bediensteten geprüft wird?

Wenn ja, wieso gibt es hierzu keine ermessensleitenden Regelungen (bitte darstellen)?

Wenn nein, warum hat die Bundesregierung die genannten Fragen dann nicht beantwortet, und wie lauten die angefragten internen diesbezüglichen Regelungen, Vorgaben, Weisungen usw. (wie erbeten auflisten und diesbezügliche Änderungen der letzten drei Jahre mit Datum kenntlich machen)?

Übernahmeersuchen nach Art. 17 Abs. 2 Dublin III-VO werden im Einzelfall geprüft und gemäß den Bestimmungen der Dublin III-VO entschieden. Das BAMF entscheidet stets auf Grundlage des geltenden Rechts.

Ob das Selbsteintrittsrecht gemäß Art. 17 Abs. 1 Dublin III-VO ausgeübt wird, wird in jedem Einzelfall bis zur Durchführung der Überstellung geprüft.

32. Wie sollen die eine Überstellung vollziehenden Beamten und/oder das BAMF in Fällen einer drohenden Familientrennung infolge aktueller Erkrankungen bzw. der Reiseunfähigkeit eines Familienmitglieds erkennen und beurteilen können, ob die Erkrankung bzw. Reiseunfähigkeit nur so lange andauert, dass eine Überstellung auch dieses erkrankten Familienmitglieds noch innerhalb der Überstellungsfrist realisierbar sein wird, was nach internen Vorgaben des BAMF eine Rechtfertigung für eine – mutmaßlich nur zeitweise – Familientrennung wäre (siehe hierzu die nach Auffassung der Fragstellenden in diesem Teil noch unbeantwortet gebliebene Frage 19 auf Bundestagsdrucksache 19/14079)?

Familientrennungen erfolgen nur ausnahmsweise. Ist der Sachverhalt nicht eindeutig, sind alle beteiligten Behörden gehalten, keine Familientrennung durchzuführen. Bei einer Erkrankung wird vornehmlich auf die Einschätzung eines Facharztes abgestellt. Handelt es sich um eine stationäre Behandlung, ist die Einschätzung des behandelnden Arztes über die Länge des Aufenthalts und der anschließenden Reisefähigkeit maßgeblich. Bei einer am Überstellungstag durchgeführten Reisefähigkeitsprüfung kann ein Arzt die Reiseunfähigkeit feststellen und aufgrund des erkannten Krankheitsbildes eine Prognose über die Dauer der Reiseunfähigkeit abgeben.

33. Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der aktuelle Stand der durch die EU-Kommission eingeleiteten asylrechtlichen Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn (bitte darstellen)?
- a) Hat es inzwischen eine Überstellung nach Ungarn gegeben, nachdem dies seit Mai 2017 nicht mehr der Fall war (vgl. Bundestagsdrucksache 19/8340, Antwort zu Frage 21a)?
- b) Liegen inzwischen einzelfallbezogene Zusicherungen Ungarns über eine EU-rechtskonforme Behandlung überstellter Asylsuchender vor?

Die Fragen 33 und 33a und 33b werden gemeinsam beantwortet.

Die Europäische Kommission unterhält eine Datenbank unter der Adresse [www.ec.europa.eu/atwork/applying-eu-law/infringements-proceedings/infringement\\_decisions/](http://www.ec.europa.eu/atwork/applying-eu-law/infringements-proceedings/infringement_decisions/), mit der sich der aktuelle Stand von Vertragsverletzungsverfahren feststellen lässt. Die Datenbank verweist zu den jeweiligen KOM-Beschlüssen ggf. auch auf begleitende Pressemeldungen. Die Bundesregierung verfügt nicht über weitere Informationen zum Sachstand.

34. Wie viele Personen sind aktuell mit „Dublin-Verfahren“ im BAMF befasst bzw. in der Gruppe „Dublin-Verfahren“ tätig (bitte nach genauer Tätigkeit und jeweiliger Stellenzahl auflisten)?
- Welche diesbezüglichen Planungen gibt es?

In der Dublin-Gruppe des BAMF sind Personen im Umfang von 344,8 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) beschäftigt (Stand: 1. Dezember 2019); hier von sind 12 VZÄ im höheren Dienst, 168,95 VZÄ im gehobenen Dienst und 163,85 VZÄ im mittleren Dienst beschäftigt.

35. In welchem Umfang hat es bislang welche Unterstützung des Bundes bei Überstellungen aus ANKER- oder funktionsgleichen Einrichtungen gegeben (insbesondere Zahlen zu möglichen Amtshilfeleistungen durch die Bundespolizei bei Überstellungen nennen, differenziert nach Einrichtung)?
- Welche Einrichtungen betrifft dies (bitte auflisten)?
- Welche weiteren Unterstützungsleistungen sind geplant (bitte ausführen)?

Das bundesseitige Unterstützungsangebot an die Länder, die AnKER- oder funktionsgleiche Einrichtungen betreiben, umfasst bei Dublin-Überstellungen den Transfer von zu überstellenden Personen aus der Einrichtung zu Flughäfen / Seehäfen / Landgrenze in Amtshilfe durch die Bundespolizei. Entsprechende Vereinbarungen des BMI zur Inanspruchnahme dieser Unterstützung wurden bisher mit Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, dem Saarland und Sachsen abgeschlossen. Mit weiteren Ländern befindet sich das BMI im Gespräch. Der Umfang der bisherigen Unterstützungsleistungen sowie die Planung weiterer Maßnahmen richtet sich nach standortbezogenen Gegebenheiten sowie vorhandenen personellen und materiellen Ressourcen bei den beteiligten Behörden. Eine inhaltliche Ausdehnung der Unterstützungsleistungen ist nicht geplant.

Bis November 2019 hat die Bundespolizei in 279 Fällen Amtshilfeleistungen für die Länder erbracht, die sich wie folgt auf die genannten Einrichtungen verteilen:

Einrichtung	Anzahl der beförderten Personen
Schwerin (MV), seit Juli 2019	43
Lebach (SL) seit Februar 2019	82
Dresden (SN) seit Mai 2019	42
Doberlug-Kirchhain (BB), seit August 2019	112

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.*

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.*